



**HAL**  
open science

# Energiepolitik in Krisenzeiten. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung und welche Reaktionen lösen diese bei Umweltaktivisten aus?

Pauline Blin

## ► To cite this version:

Pauline Blin. Energiepolitik in Krisenzeiten. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung und welche Reaktionen lösen diese bei Umweltaktivisten aus?. Humanities and Social Sciences. 2023. dumas-04446276

**HAL Id: dumas-04446276**

**<https://dumas.ccsd.cnrs.fr/dumas-04446276>**

Submitted on 8 Feb 2024

**HAL** is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

**Pauline BLIN**

Studentennummer: 42005475

Universität Paris Nanterre

Sommersemester 2022/2023



Master 1- Management interculturel et international

Session 1

## **Masterarbeit**

### **Energiepolitik in Krisenzeiten in Deutschland:**

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung und welche Reaktionen lösen diese bei Umweltaktivisten aus?

Dozentin: Anne-Marie PAILHES



## Gliederung

Einleitung.....	2
I. Energiepolitik in Deutschland .....	4
A. Entwicklung der Energiepolitik .....	4
<i>Geschichte des Kohleabbaus in Deutschland</i> .....	4
<i>Energiepolitik der Deutschen Demokratischen Republik</i> .....	5
<i>Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland (BRD)</i> .....	8
B. Aktuelle Energiepolitik in Deutschland.....	12
<i>Ministerien</i> .....	13
<i>Behörden und Bundesämter</i> .....	13
<i>Gremien</i> .....	14
<i>Energieerzeugung</i> .....	17
C. Maßnahmen der Regierung .....	18
<i>Ursachen der Krise</i> .....	18
<i>Energieerzeugung in Krisenzeiten</i> .....	19
<i>Atomausstieg</i> .....	21
<i>Kohleausstieg</i> .....	22
II. Umweltaktivismus .....	23
A. Geschichte des Umweltaktivismus .....	23
<i>Entstehung der Bewegungen in Deutschland</i> .....	23
<i>Bündnis 90/Die Grünen</i> .....	25
<i>Entwicklung des Umweltaktivismus über die Jahrzehnte</i> .....	26
B. Die Protestaktion in Lützerath .....	29
<i>Grund für die Protestaktion</i> .....	30
<i>Der Kampf um den Erhalt von Lützerath</i> .....	33
<i>Die Räumung von Lützerath</i> .....	36
Fazit.....	41
Bibliografie .....	43
Bücher: .....	43
Artikel: .....	43
Internetseiten: .....	45
Videos.....	56

## Einleitung

Steigende Gas- und Strompreise, Deutschlands Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen, Energie sparen, Versorgungssicherheit: das alles sind Themen, die die Bundesregierung und die Gesellschaft in Deutschland seit dem 24. Februar 2022, also dem Anfang des Krieges in der Ukraine belasten.<sup>1</sup> Die Energiekrise ist aus der Klimakrise entstanden. Und einige Maßnahmen der Bundesregierung könnten auf diese einen Einfluss haben. Die Erweiterung des Garzweiler-Tagebaus in Nordrhein-Westfalen (NRW) von der RWE (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk) für Braunkohleabbau gehört dazu.

Die oben genannten Punkte sind von der aktuellen Energiepolitik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) abhängig, dessen Minister Robert Habeck ist. Unter Energiepolitik versteht man die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen, die zur Bereitstellung, Verteilung und Sicherung der Energieversorgung getroffen werden<sup>2</sup>. Um die Energiepolitik umzusetzen, wird sie zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern aufgeteilt<sup>3</sup>. Da es sich bei der Energiepolitik um eine Querschnittspolitik handelt, arbeiten verschiedene Ministerien hier auch zusammen.<sup>4</sup> Die verschiedenen Ministerien kümmern sich also um spezifische Felder.

Durch die Energiekrise müssen von den Ministerien und den Ländern Entscheidungen zu Maßnahmen getroffen werden, auf die Protestaktionen von Klimaaktivisten aufmerksam machen. So hat Aktivist Tazio Müller es in einem „Spiegel“-Interview beschrieben: „Protestbewegungen lenken als Feuermelder die Aufmerksamkeit auf ein Thema, verändern die öffentliche Meinung, und dann muss die Politik handeln<sup>5</sup>.“ So war das zum Beispiel in Lützerath der Fall. 2022 haben sich die Ampelregierung, die Landesregierung von NRW und die RWE auf einen Kohleausstieg im Jahre 2030<sup>6</sup> in Nordrhein-Westfalen geeinigt. Und laut Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie von NRW Mona Neubaur ist der

---

<sup>1</sup> Mönchenberg, Jörg, „Die Bundesregierung und die Energiekrise“, Deutschlandfunk, 28.10.2022

<sup>2</sup> „Energiepolitik“, Bundeszentrale für politische Bildung

<sup>3</sup> Knodt, Michèle, Kemmerzell, Jörg, „Alles für die Energiewende? Akteure und Institutionen in der deutschen Energiepolitik“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72.Jahrgang, 46-47, 14.11.2022, S.26

<sup>4</sup> *Ibid*, S.27

<sup>5</sup> Varwick, Johannes, „Auf dem Weg in die Ökodiktatur? Klimaproteste als demokratische Herausforderung-Essay“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72.Jahrgang, 21-22, 23.05.2022, S.6

<sup>6</sup> Schwarz, Josua, Waldow, Michaela, „Ein Dorf verschwindet- Wie Lützerath zum Klimasymbol wurde“, *zdf heute*, 03.01.2023

Abriss des Weilers Lützerath alternativlos<sup>7</sup>. Um zu protestieren waren schon im Sommer 2020 Aktivisten gekommen und hatten ein Camp in der Nähe des Tagebaus aufgebaut. Das Dorf war anschließend auch besetzt worden, um dessen Abriss und die Erweiterung des Tagebaus zu verhindern, da diese zur Nicht-Einhaltung des Pariser Abkommens mit dem 1,5 Grad-Limit beitragen würde.<sup>8</sup>

In dieser Arbeit wollen wir uns die Frage stellen, welche energiepolitischen Maßnahmen die Bundesregierung in Krisenzeiten trifft und welche Reaktionen bei Umweltaktivisten ausgelöst werden.

Um diese Fragen zu beantworten, werden wir zuerst die deutsche Energiepolitik analysieren, indem wir uns ihre Entwicklung in Deutschland anschauen, sowie die aktuelle Energiepolitik. Im gleichen Teil werden wir zudem auch die Maßnahmen der Bundesregierung in Krisenzeiten anschauen. Im zweiten Teil dieser Arbeit werden wir uns mit dem Umwelt-Aktivismus befassen, indem wir zuerst die Geschichte der Ökologiebewegungen analysieren werden, um zu verstehen, wie sie zu einem wichtigen Bestandteil unserer heutigen Gesellschaft geworden sind. Abschließend werden wir genauer auf die Protestaktionen in Lützerath eingehen.

---

<sup>7</sup> Ibid

<sup>8</sup> „Braunkohletagebau Garzweiler“, BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen

# I. Energiepolitik in Deutschland

## A. Entwicklung der Energiepolitik

Die Energiepolitik in Deutschland hat sich über die Jahrzehnte stark verändert, und mit der Zeit hat sie auch viele Diskussionen ausgelöst. Das, was über die verschiedenen Jahrzehnte in Deutschland geblieben und umstritten ist, sind der Kohleabbau und vor allem der Braunkohle-Tageabbau.

### *Geschichte des Kohleabbaus in Deutschland*

Die Geschichte des Steinkohle- und Braunkohleabbaus in Deutschland geht um mehrere Jahrhunderte zurück. Kohle ist ein Brennstoff, der vor circa 300 Millionen Jahren<sup>9</sup> im Laufe der Entwicklung der Erde entstand. Das deutsche Braunkohlerevier entstand 1698 bei Müncheln/Braunsbreda in Sachsen-Anhalt mit der ersten Kohlegrube, wo anfangs in kleinen Mengen Braunkohle abgebaut wurde<sup>10</sup>. Grund dafür war, dass das Holz damals knapper wurde und alternative Brennstoffe zum Heizen benötigt wurden<sup>11</sup>. Man geht davon aus, dass Steinkohle schon seit dem 12. Jahrhundert abgebaut wurde.<sup>12</sup> Die Steinkohle wurde anfangs ebenfalls aus Kohlegruben von Bauern ausgeschaufelt, und damals wurde dies Kohlegräberei genannt<sup>13</sup>. Im Laufe der Jahrhunderte entstanden dann Bergwerke.

Die Industrialisierung in Deutschland begann in der Mitte des 19. Jahrhunderts<sup>14</sup>. In diesem Kontext stieg der Bedarf an Brennstoffen zur Stromerzeugung. Aus diesem Grund wurde immer mehr Braunkohle gefördert. Da es bessere technische Möglichkeiten gab, wie zum Beispiel die Erfindung der Eisenbahn und der ersten Bagger, konnte sich die Braunkohleindustrie deutlich weiterentwickeln, da immer größere Mengen Braunkohle abgebaut werden konnte<sup>15</sup>. Außerdem konnte dank der Eisenbahn die Braunkohle in weiter entfernten Orten geliefert werden. Im damaligen Deutschen Reich wurden im Jahre 1873 circa 11 Millionen Tonnen Braunkohle abgebaut, und bis 1913 stieg diese Zahl auf 87 Millionen

---

<sup>9</sup> Kracht, Claudia, „Wie Kohle entsteht“, Planet Wissen, 9. März 2020

<sup>10</sup> Baum, Carla, „Flöze, Gruben, Schächte- Geschichte der Braunkohle in Deutschland“, böll thema

<sup>11</sup> Ibid

<sup>12</sup> Kracht, Claudia, „Steinkohle“, Planet Wissen, 9. März 2020

<sup>13</sup> Ibid

<sup>14</sup> Behne, Joel, Tippach, Thomas, „Industrialisierung“, Städte Geschichte.de, 1. September 2014

<sup>15</sup> Holdinghausen, Heike, „Braunkohle: Rohstoff der Superlative“, Heinrich Böll Stiftung, 2. Juni 2015

Tonnen<sup>16</sup>. Steinkohle wurde ebenfalls immer mehr genutzt und die Produktion ist im damaligen Preußen so stark gewachsen, dass es zu einem der Zentren der Kohleproduktion wurde<sup>17</sup>. Tatsächlich wurden im Jahre 1839 über eine Millionen Tonnen Steinkohle abgebaut, und 17 Jahre später waren es mehr als 2 Millionen Tonnen. Wegen des wachsenden Strombedarfs wurden in der Lausitz und im Rheinland die ersten Elektrizitätswerke gebaut. Diese wurden mit Braunkohle betrieben. Durch die Stromerzeugung wurde immer mehr Braunkohle benötigt, und somit wurden die Tagebaue auch immer größer.<sup>18</sup>

In der Zeit des Nationalsozialismus wurde Benzin aus verflüssigter Braunkohle hergestellt, das von der Wehrmacht und der Luftwaffe genutzt wurde.<sup>19</sup>

Nach dem zweiten Weltkrieg und der neuen Aufteilung Deutschlands ist Kohle weiterhin ein wichtiger Energieträger geblieben, sowohl in der DDR als auch in der BRD.

### *Energiepolitik der Deutschen Demokratischen Republik*

In der DDR war Braunkohle einer der primären Energieträger. Braunkohle deckte zwischen 65 und 90% des Energiebedarfs.<sup>20</sup> Jährlich wurden 300 Millionen Tonnen Braunkohle abgebaut, wodurch die DDR zum größten Braunkohleproduzenten der Welt wurde. Sogar die Sowjetunion, die damals den zweiten Platz belegte, konnte jährlich nur halb so viel wie Ostdeutschland fördern. Ein Teil der geförderten Braunkohle wurde in den 51 Brikettfabriken zu Brikettkohle umgewandelt. Jährlich wurden ungefähr 50 Millionen Tonnen davon produziert.<sup>21</sup> Circa drei Viertel der gesamten Brikettkohle wurden jedes Jahr als Brennstoff in Haushalten, in der Industrie und in Heizwerken genutzt. Durch ein weiteres Verfahren, das Braunkohlenhochtemperaturkoks heißt (BHT-Verfahren), wurde „Brikettkohle bei Temperaturen um 1000 Grad zu BHT-Koks verarbeitet, einem hochwertigen Brennstoff, dessen Heizwert mit dem von Steinkohle vergleichbar ist.“<sup>22</sup> Dieses Verfahren wurde in den 50-er Jahren entwickelt, da damals Steinkohle seltener wurde.

Grund für die Abhängigkeit der DDR von Kohle, genauer gesagt von Braunkohle, ist, dass auf deren Gebiet andere Brennstoffe kaum oder gar nicht existierten. Steinkohle, Erdgas und Erdöl

---

<sup>16</sup> Ibid

<sup>17</sup> Ibid

<sup>18</sup> Baum, Carla, „Flöze, Gruben, Schächte- Geschichte der Braunkohle in Deutschland“, op.cit.

<sup>19</sup> Ibid

<sup>20</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung, *Die Energiepolitik der DDR*, Verlag Neue Gesellschaft GmbH, 1988, S.10

<sup>21</sup> Ibid, S.14

<sup>22</sup> Ibid, S.14

mussten aus der Sowjetunion importiert werden. Das war für die DDR sehr teuer<sup>23</sup>. Dabei wollte die DDR auf Erdöl setzen, da es vielseitig einsetzbar war und einen höheren Energiegehalt als den von Braunkohle hat. Ein großer Teil des Erdöls wurde über die Pipeline „Freundschaft“ importiert, die bis nach Schwedt an der Oder führte. Der Bau dieser Erdölleitung wurde Dezember 1958 beschlossen, und am 18. Dezember 1963 war sie einsatzbereit.<sup>24</sup> Durch den Import von Erdöl wurde die DDR immer mehr von importierten Energieträgern abhängig.<sup>25</sup> 1960 waren es nur 12-13% und 1973 waren es schon 30%.<sup>26</sup>

Durch den zunehmenden Import an Energieträgern wurde weniger Braunkohle gefördert und weniger in die bereits existierenden Tagebaue investiert. Jedoch wurde dies mit der Erdölkrise der 70er Jahre problematisch. Die UdSSR hat damals durchgesetzt, dass die Preise jedes Jahr neu festgelegt wurden. Somit konnte sie schneller die Preise anpassen. 1972 bezahlte die DDR pro Barrel umgerechnet zwischen 2 und 3 US-Dollar, 1976 bezahlte sie über 5 US-Dollar, und 1978 schon über 25 US-Dollar. Damals wurde nicht mit Dollar bezahlt, sondern mit sogenannten Transfer-Rubeln. Der Transferrubel war eine künstliche Währung, die 1971 vereinbart wurde, und die in den sozialistischen Staaten genutzt wurde, um zu handeln.<sup>27</sup> Ein Transferrubel entsprach etwa 1,11 US-Dollar.<sup>28</sup> Wegen der steigenden Ölpreise waren einige Länder des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) verschuldet. Die Schulden der DDR betragen drei Milliarden Transferrubeln.<sup>29</sup>

Wegen der Erdölpreiserhöhungen musste die DDR ihren Erdölanteil senken, und somit weniger davon importieren. In den Jahren 1978 und 1979 wurden noch 30,8% des Energiebedarfs durch importiertes Erdöl gedeckt, und 1984 waren es 22,3%.<sup>30</sup> Trotzdem wurde weiterhin Erdöl importiert, das unter anderen nach West-Berlin weiterverkauft wurde.

Dadurch, dass Erdöl einen immer niedrigeren Anteil des Energiebedarfs deckte, wurde wieder mehr Braunkohle gefördert. Aber da in den letzten Jahren weniger in diese Industrie investiert worden war, konnte die DDR weniger Braunkohle veredeln. Zum Beispiel konnten 1981 nur noch circa 50 Millionen Tonnen Briketts hergestellt werden, also etwa 12 Millionen Tonnen

---

<sup>23</sup> Eichenauer, Eva, Gailing, Ludger, „Energiesystem und Energiewende“, Bundeszentrale für politische Bildung, 14.03.2022

<sup>24</sup> „Erdöl-Pipeline ‚Freundschaft‘“, mdr, 11.Dezember 2018

<sup>25</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung, *Die Energiepolitik der DDR*, op.cit., S.24

<sup>26</sup> Ibid, S.25

<sup>27</sup> „Der transferable Rubel“, mdr, 27.April 2015

<sup>28</sup> Ibid

<sup>29</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung, *Die Energiepolitik der DDR*, op.cit., S.27

<sup>30</sup> Ibid, S.30



weniger als 1964.<sup>31</sup> Mit den Jahren brachte die Braunkohleförderung immer größere Probleme mit sich. Die DDR wurde wegen des Schwefeldioxydausstoßes zu einem der größten Luftverschmutzer Europas. Jährlich wurden circa 4 bis 5 Millionen Tonnen Schwefeldioxyd ausgestoßen.<sup>32</sup> Außerdem stiegen die Kosten und der Aufwand für den Braunkohletransport, denn es mussten die Kohlewagen im Winter elektrisch beheizt werden, und nach der Verbrennung die Aschemengen abtransportiert werden.<sup>33</sup>

Seit den 50er Jahren wuchs in der DDR das Interesse an Kernkraft. Jedoch durfte die DDR bis 1955 im Bereich der Kernenergie nicht forschen. Dies hatte der Kontrollrat der Alliierten beschlossen.<sup>34</sup> Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges hatten die Siegermächte Deutschland verboten, im Bereich der Kernenergie zu forschen.<sup>35</sup> Aber im November 1955 wurde der „Wissenschaftliche Rat für die friedliche Anwendung der Kernenergie“ gegründet. Aufgabe des Rates war es, die Regierung bezüglich der Kernenergienutzung zu beraten.<sup>36</sup> Am 16. Dezember 1957 wurde der erste Forschungsreaktor der DDR in Rossendorf in der Nähe von Dresden in Betrieb genommen. Die Forschungsarbeiten übernahm das Amt für Kernforschung und Kerntechnik.<sup>37</sup> 1966 eröffnete das erste Kernkraftwerk für die Industrie nördlich von Potsdam am Stechlinsee. Es handelte sich hierbei um das erste Kernkraftwerk der RGW-Länder, das nicht in der Sowjetunion lag.<sup>38</sup> Zu dieser Zeit wurde viel Hoffnung in Kernkraft gelegt. „In einem DDR-Jugendsachbuch hieß es zum Beispiel: ‚Braucht man Energie nicht zu sparen, weil sie in beliebiger Menge verfügbar ist, gibt es heute schon keinen technischen Traum, der sich nicht verwirklichen ließe.‘“<sup>39</sup> Das zeigt, dass Kernkraft als eine Energie dargestellt war, die man ohne Ende nutzen konnte.

1962 trat das „Gesetz über die Anwendung der Atomenergie in der Deutschen Demokratischen Republik“ in Kraft. In dessen Einleitung hieß es: „Die friedliche Anwendung der Atomenergie eröffnet dem gesellschaftlichen und technischen Fortschritt der Menschheit gewaltige Perspektiven. Sie ist notwendig für die rasche Entfaltung des sozialistischen Aufbaus.“<sup>40</sup> Jedoch verlief die Entwicklung der Kernkraftwerke in der DDR anders als gedacht.

---

<sup>31</sup> Ibid, S.31

<sup>32</sup> Ibid, S.33

<sup>33</sup> Ibid, S.34

<sup>34</sup> Kahlert, Joachim, *Die Kernenergiepolitik der DDR*, Wissenschaft und Politik, Köln, 1988, S.26

<sup>35</sup> Nickels, Lothar, „Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung“, Planet Wissen, 27.01.2022

<sup>36</sup> Kahlert, Joachim, *Die Kernenergiepolitik der DDR*, op.cit., S.27

<sup>37</sup> Ibid, S.27

<sup>38</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung, *Die Energiepolitik der DDR*, op.cit., S.36

<sup>39</sup> Ibid, S.38

<sup>40</sup> Ibid, S.38

Ursprünglich sollten 20 Kernkraftwerke gebaut werden. Letztendlich gab es aber nur zwei: das Kernkraftwerk in Rheinsberg und das 1973 fertiggestellte Kernkraftwerk in Greifswald.<sup>41</sup> Diese konnten zusammen etwa 10% des Strombedarfs der DDR abdecken.<sup>42</sup> Der Atomkraftwerk von Greifswald hatte Druckwasserreaktoren, die auf sowjetischem Modell gebaut wurden.<sup>43</sup> Der Bau eines weiteren Kernkraftwerkes wurde in der Nähe von Magdeburg in Stendal begonnen, aber nie fertig gestellt.<sup>44</sup> Man weiß nicht genau, aus welchem Grund die Kernkraft in der DDR nicht so stark entwickelt wurde wie geplant. Sebastian Pflugbeil der damals Physiker war und anschließend Minister wurde, redete von:

Mängel in der Qualifikation der Leitungsleute, Arbeitsorganisation, Schlamperei, Alkohol. Und bis zum Schluss hat man von den Russen nicht erfahren, aus welchem Stahl das Reaktordruckgefäß bestand. Da gab es Fehler bei den eingesetzten Materialien, Messfühler, die nicht funktioniert haben.<sup>45</sup>

Zudem sei es im Kraftwerk in Rheinsberg anfangs auch zu Störungen gekommen.<sup>46</sup> Man kann sich also fragen, wie sicher die Kernkraftwerke der DDR überhaupt waren. Hinzu kam auch die Frage des Atommülls. Denn obwohl dieser in die Sowjetunion gebracht wurde, um dort endgelagert zu werden, erklärte in den 70er Jahren ein Atomfunktionär der UdSSR, dass „die heute erkennbaren Methoden und Verfahren recht kompliziert und wenig zuverlässig sind“.<sup>47</sup>

### *Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland (BRD)*

Die BRD war nach dem zweiten Weltkrieg ebenfalls von Stein- und Braunkohle abhängig. Jedoch war Kohle nach dem zweiten Weltkrieg knapp und wurde von der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) kontrolliert<sup>48</sup>. Ab dem Jahr 1957 kam es zu einer Kohlekrise, da die Nachfrage an Kohle wuchs und die Kohle teurer wurde<sup>49</sup>. Die Kosten von Heizöl deutlich günstiger und gleichzeitig wurde mehr Kohle

---

<sup>41</sup> „Atomenergie in der DDR: Statt 20 nur zwei Atomkraftwerke“, mdr, 14. Dezember 2018

<sup>42</sup> Ibid

<sup>43</sup> Kahlert, Joachim, *Die Kernenergiepolitik der DDR*, op.cit., S.35

<sup>44</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung, *Die Energiepolitik der DDR*, op.cit., S.5

<sup>45</sup> „Atomenergie in der DDR: Statt 20 nur zwei Atomkraftwerke“, op.cit.

<sup>46</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung, *Die Energiepolitik der DDR*, op.cit., S.42

<sup>47</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung, *Die Energiepolitik der DDR*, op.cit., S.43

<sup>48</sup> Türk, Henning, „Zwischen langfristigen Weichenstellungen und kurzfristigem Krisenmanagement – Kleine Geschichte der Energiepolitik in Deutschland“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72. Jahrgang, 46–47/2022, 14.11.2022, S.17

<sup>49</sup> Czierpa, Juliane, „Der Ruhrbergbau – Von der Industrialisierung bis zur Kohlekrise“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 69. Jahrgang, 1-3/2019, 07.01.2019, S.18

importiert. Kohle war ein wichtiger Anteil des Primärenergieverbrauchs, aber später stieg der Anteil des Erdölverbrauchs. Das hat in der Bundesrepublik Deutschland dazu geführt, dass sich das Land wegen der wachsenden Wirtschaft zu einer „Konsumgesellschaft“ entwickelt hat.<sup>50</sup> Die Ölförderländer hatten sich zu einer Gruppierung zusammengeschlossen, die sich OPEC (Organization of the Petroleum Exporting Countries) nennt. Somit verfügten sie wieder über eigene Rechte über ihre eigenen Ressourcen und konnten ihre Preise selbst bestimmen. Der Ölmarkt hat sich zudem von einem Käufermarkt zu einem Verkäufermarkt entwickelt.<sup>51</sup> Das heißt, dass die Länder, die auf Öl angewiesen waren, kaum Verhandlungsspielraum hatten.

In den siebziger Jahren führte die Unabhängigkeit der Ölförderländer zu einer Ölkrise. Auslöser war der Angriff von Ägypten und Syrien auf Israel an dem jüdischen Feiertag Jom Kippur am 6. Oktober 1973. Diese wollten Israels Gebiete zurückerobern.<sup>52</sup> Einigen Ländern wurde von der OPEC vorgeworfen, israelfreundlich zu sein, zum Beispiel die USA, Portugal und die Niederlande.<sup>53</sup> Als Resultat hat die OPEC über diese Länder einen Liefer-Boycott verhängt.<sup>54</sup> Damals wurde von einer Öl-Waffe gesprochen. Sie wurde so eingesetzt, indem jeden Monat fünf Prozent weniger Öl produziert wurde. Gleichzeitig wurden auch die Preise stark erhöht, und das war für viele Länder, unter anderem die BRD problematisch, da der Winter vor der Tür stand.

Um die Energieversorgung zu sichern, trat in der BRD am 10. November 1973 das Energiesicherungsgesetz in Kraft.

Auf dieser Basis erließ die Bundesregierung bereits am 19. November ein Fahrverbot für die nächsten vier Sonntage. Zudem galt für Autobahnen eine Höchstgeschwindigkeit von 100 und für alle anderen Straßen von 80 Stundenkilometern. Die Verordnung war für sechs Monate befristet.<sup>55</sup>

Grund für die Befristung war, dass laut damaligem Wirtschaftsminister Hans Friderich die Vorräte für sechs Monate reichen sollten.<sup>56</sup> Die Bevölkerung wurde auch zum Sparen aufgefordert, indem sie zum Beispiel weniger heizen sollte. Wegen der Preiserhöhungen

---

<sup>50</sup> Türk, Henning, „Zwischen langfristigen Weichenstellungen und kurzfristigem Krisenmanagement – Kleine Geschichte der Energiepolitik in Deutschland“, op.cit., S.18

<sup>51</sup> Ibid, S.18

<sup>52</sup> Eklkofer, Volker, „Rückblick auf eine folgenreiche Zeit“, Bayern 2, 11.04.2014

<sup>53</sup> Türk, Henning, „Zwischen langfristigen Weichenstellungen und kurzfristigem Krisenmanagement – Kleine Geschichte der Energiepolitik in Deutschland“, op.cit., S.18

<sup>54</sup> Eklkofer, Volker, „Rückblick auf eine folgenreiche Zeit“, op.cit.

<sup>55</sup> Türk, Henning, „Zwischen langfristigen Weichenstellungen und kurzfristigem Krisenmanagement – Kleine Geschichte der Energiepolitik in Deutschland“, op.cit., S.19

<sup>56</sup> Eklkofer, Volker, „Rückblick auf eine folgenreiche Zeit“

bekamen Wohngeldempfänger einen Zuschuss von 300 D-Mark, da der Staat sich dazu entschlossen hatte, keine Energiepreise staatlich festzulegen.<sup>57</sup> Damit die BRD weniger stark abhängig von Erdöl sein konnte, wurden neue Tagebaue eröffnet, und so wurde der Hambacher Tagebau in Nordrhein-Westfalen zum größten Tagebau Deutschlands.

Zudem wurde in den siebziger Jahren die Nutzung von Atomenergie auch für die BRD immer interessanter.<sup>58</sup> Das war aber nicht so leicht wie gedacht, da ein Teil der Bevölkerung und die Anti-AKW-Bewegung dagegen protestierten.

Zum anderen kam auch innerhalb der Parteien zunehmend Skepsis auf. So wandelte sich beispielsweise die SPD von einer Atomkraftbefürworterin zu einer gespaltenen Partei, in der einflussreiche Persönlichkeiten wie Bundeskanzler Helmut Schmidt am Ausbau der Atomenergie festhielten, während sich andere Parteimitglieder von der Atomenergie abwandten und einen "sanften Pfad" der Energieerzeugung forderten.<sup>59</sup>

Anschließend wurde vor der Europawahl 1979 die neue Partei „Sonstige Politische Vereinigung DIE GRÜNEN“ gegründet.<sup>60</sup> Dadurch konnten die Ideen der Personen, die gegen die Umweltzerstörung und gegen Kernkraft waren auch auf politischer Ebene repräsentiert werden.<sup>61</sup>

Bis in die 80er Jahre wurden Atomkraftwerke gebaut. Am 26. April 1986 ereignete sich die Atomkatastrophe von Tschernobyl in der Ukraine.<sup>62</sup> In einem Block des Atomkraftwerks kam es zu einer Kernschmelze, die Explosionen verursachte. Die Konsequenz war, dass radioaktive Partikel in die Luft freigesetzt wurden und sich in ganz Europa verbreiteten.<sup>63</sup> „Insgesamt wurden 150.000 km<sup>2</sup> in Weißrussland, der Ukraine und Russland durch den Reaktorunfall in Tschernobyl radioaktiv verseucht. Ein Gebiet, in dem damals fünf Millionen Menschen

---

<sup>57</sup> Türk, Henning, „Zwischen langfristigen Weichenstellungen und kurzfristigem Krisenmanagement – Kleine Geschichte der Energiepolitik in Deutschland“, op.cit., S.19

<sup>58</sup> Eichenauer, Eva, Gailing, Ludger, „Energiesystem und Energiewende“, op.cit.

<sup>59</sup> Türk, Henning, „Zwischen langfristigen Weichenstellungen und kurzfristigem Krisenmanagement – Kleine Geschichte der Energiepolitik in Deutschland“, op.cit., S.20

<sup>60</sup> Decker, Frank, „Etappen der Parteigeschichte der GRÜNEN“, Bundeszentrale für politische Bildung, 6. Februar 2023

<sup>61</sup> Decker, Frank, „Kurz und bündig: Die GRÜNEN“, Bundeszentrale für politische Bildung, 06.02.2023

<sup>62</sup> „Die Atomkatastrophe von Tschernobyl – 26. April 1986“, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

<sup>63</sup> Ibid

lebten.“<sup>64</sup> Daraufhin beschloss die Bundesregierung, nur die Atomkraftwerke zu Ende zu bauen, deren Bau Anfang der 80er Jahre begonnen hatte.<sup>65</sup>

In den 80er Jahren wurde Umweltschutz ein immer wichtigeres Thema. Nach der Tschernobyl-Katastrophe wurde das Bundesumweltministerium gegründet. Ab diesem Zeitpunkt wurden energiepolitische Entscheidungen vom Bundesumwelt- und Wirtschaftsministerium getroffen. Obwohl schon vor der Tschernobyl-Katastrophe Wissenschaftlern sowie Politikern wie dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt klar war, dass Öl und Kohle schwere Folgen für das Klima haben könnten, war die Weiterentwicklung von Atomenergie unverzichtbar.<sup>66</sup> Nachdem es auf dem Ölmarkt ein Überangebot gab und die Preise sanken, sorgte man sich weniger um die Versorgungssicherheit. Erneuerbare Energien wurden immer mehr als alternative Energieträger gesehen. So beschloss zum Beispiel der Bundestag am 5. Oktober 1990 das Energieeinsparungsgesetz, welches am 1. Januar 1991 in Kraft trat.<sup>67</sup> Dieser ist dazu da, damit Energieversorgungsunternehmen Strom aus erneuerbaren Energien einspeisen, damit ein Teil des Stroms aus erneuerbaren Energien stammt.<sup>68</sup>

Erdgas gewann ebenfalls an Bedeutung. Bereits in den 70er Jahren wurde sowjetisches Erdgas über Pipelines geliefert. Die westlichen Länder lieferten der Sowjetunion Rohre für den Bau der Pipelines und die Sowjetunion lieferte Erdgas. Somit waren die westlichen Länder weniger stark vom Erdöl der OPEC-Länder abhängig.<sup>69</sup> Jedoch übte die amerikanische Regierung von Ronald Reagan Druck auf die westeuropäischen Länder aus, da sie seiner Meinung nach der Sowjetunion halfen, sich zu finanzieren und sie abhängig von der Union waren.<sup>70</sup> Die USA erließen bis 1982 Sanktionen gegen Unternehmen, die sich an den Gasgeschäften beteiligten. Danach wurde aufgrund niedriger Preise mehr Erdgas importiert. Außerdem wurde Erdgas damals „als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems“ bezüglich des Klimawandels gesehen.<sup>71</sup>

---

<sup>64</sup> Ibid

<sup>65</sup> Türk, Henning, „Zwischen langfristigen Weichenstellungen und kurzfristigem Krisenmanagement – Kleine Geschichte der Energiepolitik in Deutschland“, op.cit., S.20

<sup>66</sup> Ibid, S.20

<sup>67</sup> Ibid, S.21

<sup>68</sup> Ibid, S.21

<sup>69</sup> Ibid, S.21

<sup>70</sup> Ibid, S.22

<sup>71</sup> Ibid, S.22

In den 90er Jahren, nach der Wiedervereinigung, wurden viele Kraftwerke der ehemaligen DDR stillgelegt.<sup>72</sup> Grund dafür war, dass die Industrie sich den westdeutschen Umweltstandards anpassen mussten. Deshalb wurde nur das Kraftwerk Schwarze Pumpe neu gebaut.<sup>73</sup> Durch die Stilllegung der Tagebaue und Kraftwerke der neuen Bundesländer stieg in diesen Gebieten die Arbeitslosigkeit, denn etwa 75% der Arbeitsplätze in der Kohleindustrie gingen verloren.<sup>74</sup>

Zu Heizzwecken wurde für das Stadtgas anschließend statt aus Braunkohle hergestelltes Gas importiertes Gas genutzt.<sup>75</sup> Der Preis für russisches Gas war zu dieser Zeit attraktiv und hat auch ermöglicht, eine „Brücke der Verständigung“ zu bilden.<sup>76</sup> Um wegen der russisch-ukrainischen Auseinandersetzungen den Gastransport zu vereinfachen wurde der Bau einer Pipeline durch die Ostsee beschlossen, die im November 2011 eröffnet wurde.<sup>77</sup>

Während Gas immer wichtiger für die deutsche Energieversorgung war, wurde Atomkraft nach der Fukushima Katastrophe am 11. März 2011 immer mehr in Frage gestellt. Ein Erdbeben löste an der Küste Japans einen Tsunami aus und führten zu einem Kollaps von Kühlsystemen des Atomkraftwerks Fukushima.<sup>78</sup> Radioaktive Partikel wurden in die Luft freigesetzt und verteilten sich über Japan. Daraufhin beschloss die damalige Kanzlerin Angela Merkel, dass 2022 die letzten deutschen Atomkraftwerke abgeschaltet werden sollten.<sup>79</sup>

## **B. Aktuelle Energiepolitik in Deutschland**

Heutzutage funktioniert die deutsche Energiepolitik durch die Koordinierung von mehreren Institutionen, wie Ministerien, Bundesämtern, Gremien und Kommissionen.<sup>80</sup> Außerdem ist auch die Zusammenarbeit vom Bund mit den verschiedenen Bundesländern von Bedeutung.

---

<sup>72</sup> Eichenauer, Eva, Gailing, Ludger, „Energiesystem und Energiewende“, op.cit.

<sup>73</sup> Ibid

<sup>74</sup> Ibid

<sup>75</sup> Ibid

<sup>76</sup> Türk, Henning, „Zwischen langfristigen Weichenstellungen und kurzfristigem Krisenmanagement – Kleine Geschichte der Energiepolitik in Deutschland“, op.cit., S.22

<sup>77</sup> Ibid, S.23

<sup>78</sup> „Fukushima- Die Atomkatastrophe 2011 und ihre Folgen“, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

<sup>79</sup> Türk, Henning, „Zwischen langfristigen Weichenstellungen und kurzfristigem Krisenmanagement – Kleine Geschichte der Energiepolitik in Deutschland“, op.cit., S.23

<sup>80</sup> Knodt, Michèle, Kemmerzell, Jörg, „Alles für die Energiewende?“ "Akteure und Institutionen in der deutschen Energiepolitik“, op.cit., S.28

## *Ministerien*

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) ist die Institution, die in Deutschland am meisten Verantwortung für Energiepolitik hat. Diese Verantwortung hat das BMWK seit 2013.<sup>81</sup> Der Bundesminister dieses Ministeriums ist seit dem 8. Dezember 2021 Robert Habeck, ehemaliger Parteivorsitzender der Bündnis 90/Die Grünen. Das BMWK ist für verschiedene Aspekte der Energiepolitik verantwortlich. Dazu gehören unter anderem die Versorgung mit Strom, Gas und Öl, die Energiewende, die Energieforschung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien.<sup>82</sup>

Neben dem BMWK ist zudem auch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMUV) für andere Aspekte der Energieversorgung zuständig. Steffi Lemke steht ebenfalls seit dem 8. Dezember 2021 an der Spitze des BMUVs. Sie ist, genau wie Robert Habeck Mitglied der Partei Bündnis 90/ Die Grünen. Dieses Ministerium kümmert sich unter anderem um nukleare Sicherheit, Atomkraft und Klimaanpassung.<sup>83</sup>

## *Behörden und Bundesämter*

Die Bundesnetzagentur ist eine Behörde, die zum BMWK gehört. Sie wurde 1998 gegründet und wacht über die Leistungsfähigkeit des Energieversorgungsnetzes, die Sicherheit, die Effizienz sowie die Umweltverträglichkeit der Gas- und Stromleitungen.<sup>84</sup> Der Präsident dieser Behörde ist seit dem 1. März 2022 Klaus Müller.

Die Deutsche Emissionshandelsstelle gehört zum Umweltbundesamt und ist seit 2004 für die Umsetzung des europäischen Emissionshandelssystems und des nationalen Emissionshandelssystems zuständig ist.<sup>85</sup> Ihre genaueren Ziele sind folgende:

Als vollziehende Behörde agieren wir in einem Spannungsfeld zwischen Klimaschutz, Politikberatung und Wissenstransfer: Wir setzen die politischen Rahmenbedingungen um und arbeiten dabei eng mit den Unternehmen, deren Anlagen, Luftfahrzeuge, Schiffe oder Brennstoffe

---

<sup>81</sup> „Die Geschichte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz“, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

<sup>82</sup> Aufgabenbereiche des BMWKs, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

<sup>83</sup> Aufgabenbereiche des BMUVs, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

<sup>84</sup> „Aufgaben und Struktur“, Bundesnetzagentur

<sup>85</sup> „Die DEHSt kennenlernen“, Deutsche Emissionshandelsstelle

dem Emissionshandel unterliegen, zusammen. Wir unterstützen die Arbeit von Prüfstellen und sind auch Kontaktstelle für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, die Bundesländer und die zuständigen Landes-Immissionsschutzbehörden. National und international wirken wir an der Weiterentwicklung des Emissionshandels mit und sind außerdem nationale Zustimmungsstelle für Klimaschutzprojekte, die nach dem Kyoto-Protokoll unter der Klimarahmenkonvention durchgeführt werden.<sup>86</sup>

Die Deutsche Energie-Agentur wurde im Herbst 2000 gegründet und wird von Andreas Kuhlmann und Kristina Haverkamp geleitet. Diese Agentur besteht aus Experten und Expertinnen aus verschiedenen Bundesländern und berät Handelnde aus der Politik oder wirtschaftlichen, wissenschaftlichen sowie zivilgesellschaftlichen Unternehmen, damit sie klimaneutraler werden.<sup>87</sup>

### *Gremien*

Das erste wichtige Gremium ist die Expertenkommission. Sie führt einen Monitoring Prozess, der sich „Energie der Zukunft“ nennt.<sup>88</sup> Dieser hat die Aufgabe, den Fortschrittsbericht des BMWKs alle zwei Jahre zu evaluieren. Es sind vier Experten und Expertinnen, die den Prozess begleiten und evaluieren. Durch deren Arbeit kann die Bundesregierung dann besser einschätzen, welche Entscheidungen und Maßnahmen getroffen werden müssen, um mit der Energiewende voranzukommen.

Das Bundesklimaschutzgesetz (KSG) ist in der deutschen Energiepolitik ebenfalls von Bedeutung. Es trat am 18. Dezember 2019 in Kraft.<sup>89</sup> Grund für die Einführung des Klimaschutzgesetzes war es, die Klimaschutzziele und die europäischen Zielvorgaben zu gewährleisten.<sup>90</sup> Die nationalen Klimaschutzziele sind folgende:

#### Abschnitt 2

#### Klimaschutzziele und Jahresemissionsmengen

---

<sup>86</sup> Ibid

<sup>87</sup> „Wir sind die Deutsche Energie-Agentur“, Deutsche Energie-Agentur

<sup>88</sup> „Monitoring der Energiewende“, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

<sup>89</sup> „Fact Sheet Klimaschutzgesetz“, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit“, 17.12.2019, S.1

<sup>90</sup> „Bundes-Klimaschutzgesetz“, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz



### § 3 Nationale Klimaschutzziele

(1) Die Treibhausgasemissionen werden im Vergleich zum Jahr 1990 schrittweise gemindert. Bis zum Zieljahr 2030 gilt eine Minderungsquote von mindestens 55 Prozent.

(2) Die Möglichkeit, die nationalen Klimaschutzziele teilweise im Rahmen von staatenübergreifenden Mechanismen zur Minderung von Treibhausgasemissionen zu erreichen, bleibt unberührt.

(3) Sollten zur Erfüllung europäischer oder internationaler Klimaschutzziele höhere nationale Klimaschutzziele erforderlich werden, so leitet die Bundesregierung die zur Erhöhung der Zielwerte nach Absatz 1 notwendigen Schritte ein. Klimaschutzziele können erhöht, aber nicht abgesenkt werden.<sup>91</sup>

Die Novellierung des Klimaschutzgesetzes wurde am 24. Juni 2021 vom Bundestag beschlossen.<sup>92</sup> Sie sieht vor, dass bis 2030 die Treibhausgasreduzierung von 55% auf 65% erhöht werden soll.<sup>93</sup> Jedes Jahr werden die Emissionen überprüft, um die Fortschritte zu bewerten. Wenn verschiedene Sektoren keine Reduzierung von Treibhausgasemissionen erreicht haben, müssen die zuständigen Ministerien dieser Sektoren Sofortprogramme vorschlagen, um die Ziele einzuhalten.<sup>94</sup> Im Jahre 2020 wurden 70 Millionen Tonnen weniger Kohlenstoffdioxid ausgestoßen als 2019.<sup>95</sup>

---

<sup>91</sup> Bundes-Klimaschutzgesetz“, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, S.3

<sup>92</sup> „Bundes-Klimaschutzgesetz“, op.cit.

<sup>93</sup> Ibid

<sup>94</sup> Knodt, Michèle, Kemmerzell, Jörg, „Alles für die Energiewende?“ "Akteure und Institutionen in der deutschen Energiepolitik“, *Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ)*, 72.Jahrgang, 46-47, 14. November 2022, op.cit., S.28f

<sup>95</sup> „Deutsche Klimaschutzpolitik“, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Dies ist die Bilanz seit der Gründung des KSGs im Vergleich zu 1990:

### 2020: Mehr als 40 Prozent weniger Treibhausgasemissionen als 1990

Energiesektor halbiert seine Emissionen im Vergleich zu 1990

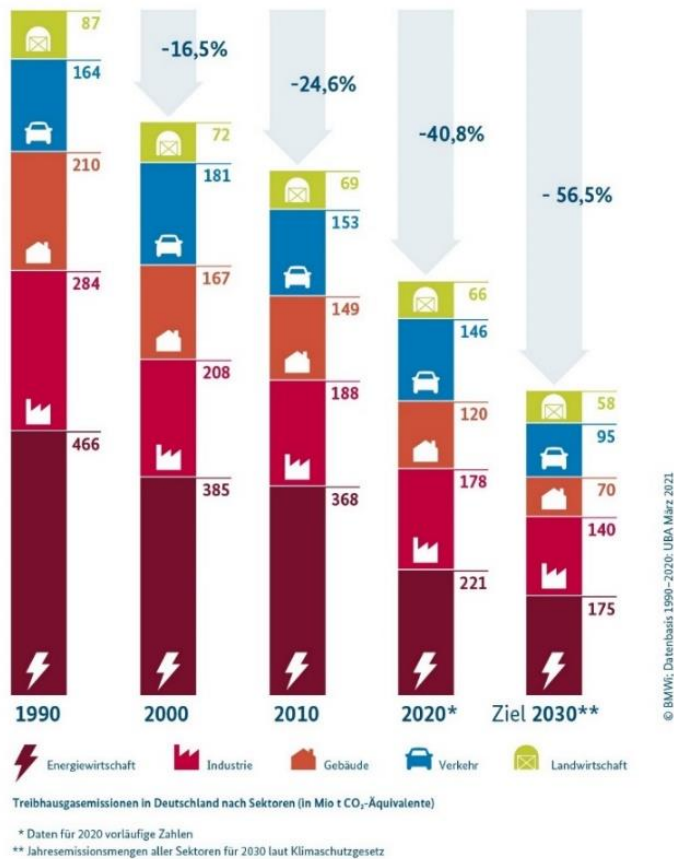


Abbildung 1: „Treibhausgasemissionen in Deutschland nach Sektoren“<sup>96</sup>

Diese Abbildung verdeutlicht die jährliche Reduzierung der Treibhausgasemissionen in den Sektoren der Energiewirtschaft, der Industrie, des Gebäudes, des Verkehrs und der Landwirtschaft. Die Energiewirtschaft hat seit 1990 ihre Emissionen mehr als halbiert.

Ein weiteres Gremium ist der nationale Wasserstoffrat. Dieser wurde von der Bundesregierung im Jahre 2020 gegründet.<sup>97</sup> Er besteht aus 25 Experten und Expertinnen. Deren Rolle ist es, „den Staatssekretärausschuss für Wasserstoff bei der Weiterentwicklung und Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie zu begleiten und zu beraten.“<sup>98</sup> Ziel ist es, weniger von anderen fossilen Brennstoffen wie Erdgas, Erdöl und Kohle abhängig zu sein.

<sup>96</sup> „Treibhausgasemissionen in Deutschland nach Sektoren“, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

<sup>97</sup> Knodt, Michèle, Kemmerzell, Jörg, „Alles für die Energiewende? "Akteure und Institutionen in der deutschen Energiepolitik """, op.cit., S.29

<sup>98</sup> „Der nationale Wasserstoffrat“, Nationaler Wasserstoffrat

## Energieerzeugung

Wie bereits erwähnt wird in Deutschland seit mehreren Jahrhunderten Kohle als Brennstoff genutzt, da Deutschland über viel Braun- und Steinkohlereserven verfügt. Laut Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe könnte mit diesen Reserven noch 150 Jahre lang der Stromverbrauch abgedeckt werden.<sup>99</sup> Steinkohle ist auch noch in großen Mengen vorhanden. Es wird geschätzt, dass es davon 83 Millionen Tonnen gibt.<sup>100</sup> Jedoch wird sie zur Stromerzeugung nicht mehr abgebaut, sondern durch billigere importierte Kohle ersetzt.<sup>101</sup>

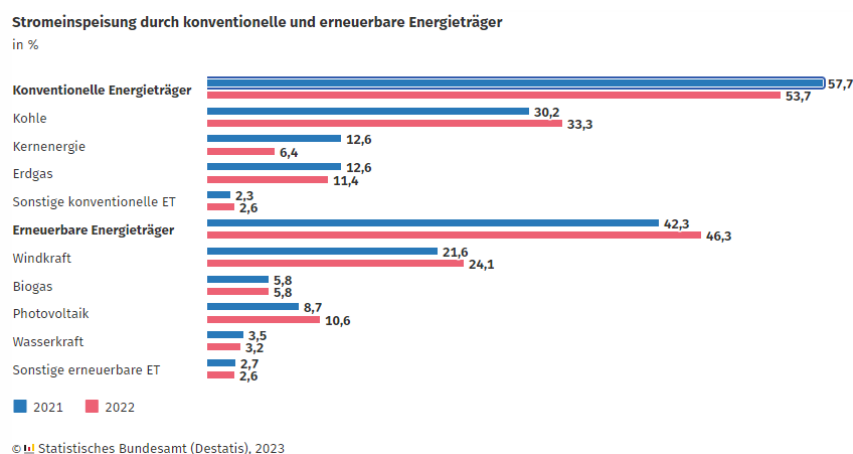


Abbildung 2: Stromeinspeisung durch konventionelle und erneuerbare Energieträger<sup>102</sup>

Diese Abbildung zeigt, aus welchen Brennstoffen und zu welchen Anteilen in den Jahren 2021 und 2022 Strom erzeugt wurde. Man kann sehen, dass konventionelle Energieträger wie Kohle, Kernenergie, Erdgas und Erdöl zu 53,7% Strom erzeugen.<sup>103</sup> Jedoch sank der Anteil im Vergleich zu 2021 um 4%. Der Anteil an Strom, der durch erneuerbare Energien produziert wurde, ist im Gegensatz zu 2021 um 4% gestiegen. Insgesamt stammen 46,3% des Stroms aus erneuerbaren Energien wie Windkraft, Biogas, Photovoltaik, Wasserkraft und weitere.<sup>104</sup>

Man kann auch feststellen, dass der Kohleanteil zwischen 2021 und 2022 um 3,1% gestiegen ist, während die Anteile der anderen konventionellen Energieträger gesunken sind. Grund dafür ist die Erhöhung der Gaspreise wegen der verringerten Gaslieferungen aus Russland seit

<sup>99</sup> „Welche Rohstoffe hat Deutschland?“, Deutschlandfunk, 11.11.2022

<sup>100</sup> Ibid

<sup>101</sup> Ibid

<sup>102</sup> „Stromerzeugung 2022: Ein Drittel aus Kohle, ein Viertel aus Windkraft“, Statistisches Bundesamt (Destatis), 09.03.2023

<sup>103</sup> Ibid

<sup>104</sup> Ibid

Anfang des Ukrainekrieges.<sup>105</sup> Durch die progressive Abschaltung der Atomkraftwerke ist der Anteil an Kernenergie zwischen 2021 und 2022 um die Hälfte gesunken.<sup>106</sup>

### **C. Maßnahmen der Regierung**

Die Bundesregierung musste sich der aktuellen Lage anpassen, damit die Energiekrise keinen allzu großen Einfluss auf das Leben der Einwohner Deutschlands hat. So wurde also beschlossen, dass mehr alternative Energieträger genutzt werden und deren Infrastruktur auszubauen.

#### *Ursachen der Krise*

Eine der Ursachen der Energiekrise, die Deutschland trifft, ist der Ukraine-Krieg. Dieser begann am 24. Februar 2022 mit dem russischen Angriff auf die Ukraine. Das hat dazu geführt, dass Deutschland weniger oder kein Gas mehr aus Russland einführen wollte.<sup>107</sup> Deutschland importierte 2021 55% Gas aus Russland, und dieser Anteil lag April 2022 bei circa 35%.<sup>108</sup> Ziel ist es, die Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern. Laut Habeck könnte sogar „ein vollständiger Ausstieg aus russischem Erdgas bis Sommer 2024 gelingen.“<sup>109</sup> Jedoch führte dies zu deutlichen Gaspreiserhöhungen, und Deutschland musste mehr Gas aus anderen Ländern importieren, um die Lücke zu füllen. So wurde immer mehr aus Norwegen, den Niederlanden und Belgien importiert.<sup>110</sup> Das ist aber teurer, und hat 2022 zu erheblichen Preiserhöhungen geführt. 2021 lag der Preis je Megawattstunde noch bei 50 Euro und stieg 2022 auf über 200 Euro.<sup>111</sup> Für private Haushalte und Unternehmen ist das eine starke Belastung.

Um diese zu unterstützen, plante die Bundesregierung Preisdeckel. Diese Preisdeckel betreffen die Gas- und Stromversorgung. Für Strom startete die Preisbremse im Januar 2023, und die

---

<sup>105</sup> „So entsteht der hohe Preis für Gas“, Deutschlandfunk, 5. September 2022

<sup>106</sup> „Stromerzeugung 2022: Ein Drittel aus Kohle, ein Viertel aus Windkraft“, op.cit.

<sup>107</sup> „Energie-Krise in Europa“, Nachrichtenleicht, 30.12.2022

<sup>108</sup> „Wie abhängig Deutschland von Russland ist“, Tagesschau, 27.04.2023

<sup>109</sup> „Deutschlands Abhängigkeit von russischem Gas“, Bundeszentrale für politische Bildung, 13.04.2022

<sup>110</sup> „Russische Gaslieferungen fast kompensiert“, Tagesschau, 04.03.2023

<sup>111</sup> „So entsteht der hohe Preis für Gas“, Deutschlandfunk, op.cit.

Gas- und Wärmepreisbremse begann im März 2023.<sup>112</sup> Beide sind bis Dezember 2023 befristet.<sup>113</sup>

Gaspreisbremse: Für private Haushalte, kleine und mittlere Unternehmen mit einem Gasverbrauch unter 1,5 Mio. kWh im Jahr, sowie Pflegeeinrichtungen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen, wird der Gaspreis von März 2023 bis zunächst Dezember 2023 auf 12 Cent brutto pro Kilowattstunde begrenzt, für 80 Prozent des Jahresverbrauchs vom Vorjahr. [...]

Strompreisbremse: Die Strompreisbremse gilt ebenfalls vom 1. März 2023 bis zunächst Dezember 2023. Im März werden auch hier rückwirkend die Entlastungsbeträge für Januar und Februar 2023 angerechnet. Der Strompreis für private Verbraucher und kleine Unternehmen mit einem Stromverbrauch von bis zu 30 000 kWh pro Jahr wird bei 40 ct/kWh brutto, also inklusive aller Steuern, Abgaben, Umlagen und Netzentgelte, begrenzt. Dies gilt für den Basisbedarf von 80 Prozent des prognostizierten Verbrauchs. Für Industriekunden liegt die Grenze bei 13 Cent zuzüglich Steuern, Abgaben und Umlagen für 70 Prozent des prognostizierten Verbrauchs.<sup>114</sup>

### *Energieerzeugung in Krisenzeiten*

Um die Abhängigkeit von russischen Brennstoffen zu verringern und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, wird auf alternative Quellen zugegriffen. Eine davon ist verflüssigtes Erdgas (LNG). Um LNG importieren zu können, eröffnete Mitte Dezember 2022 das erste LNG-Terminal Deutschlands in Wilhelmshaven.<sup>115</sup> Kurze Zeit später nahmen die Terminals in Lubmin und in Brunsbüttel den Betrieb auf. Alle drei sind schwimmende Terminals, aber langfristig ist der Bau von festen Terminals geplant.<sup>116</sup> In Wilhelmshaven soll es zukünftig insgesamt zwei Terminals geben und in Lubmin ebenfalls, und ein weiteres Terminal in Stade ist noch geplant.<sup>117</sup>

Dieses Flüssigerdgas wurde bis jetzt hauptsächlich aus den USA importiert, aber Deutschland schloss im November 2022 ein Abkommen mit Katar. Ab 2026 soll katarisches Flüssigerdgas nach Deutschland geliefert werden, in einer Menge von 2,7 Milliarden Kubikmetern pro Jahr, 15 Jahre lang.<sup>118</sup> Jedoch wird Flüssigerdgas nicht die gesamten russischen Gaslieferungen

---

<sup>112</sup> „Basisversorgung zu günstigeren Preisen“, Die Bundesregierung, 10.05.2023

<sup>113</sup> „Gas- und Strompreisbremse“, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 01.03.2023

<sup>114</sup> Ibid

<sup>115</sup> „LNG: Fakten zu Flüssigerdgas und Projekten in Norddeutschland“, NDR, 23.03.2023

<sup>116</sup> Ibid

<sup>117</sup> Bückner, Till, „Wie LNG die Gaslücke füllen soll“, Tagesschau, 20.09.2022

<sup>118</sup> „LNG: Fakten zu Flüssigerdgas und Projekten in Norddeutschland“, NDR, op.cit.

abdecken können. 2020 kamen um die 56 Milliarden Kubikmeter russisches Erdgas nach Deutschland, und zukünftig wird LNG etwa ein Drittel des deutschen jährlichen Verbrauchs abdecken können.<sup>119</sup> Jedoch ist der Bau von LNG-Terminals in Deutschland umstritten. Lubmin liegt in der Nähe von der Insel Rügen, in einem Meeresschutzgebiet. Laut dem Naturschutzbund Deutschlands würde das LNG-Terminal „Teile des Meeresbodens zerstören und den bereits belasteten Greifswalder Bodden, seine Lebensräume und dort heimische Arten gefährden“.<sup>120</sup> Außerdem fürchtet die Tourismusbranche, dass das Terminal negative Folgen für den Tourismus haben könnte.<sup>121</sup>

Der Ausbau und die Weiterentwicklung erneuerbarer Energien tragen ebenfalls zur Abdeckung des deutschen Energieverbrauches bei.

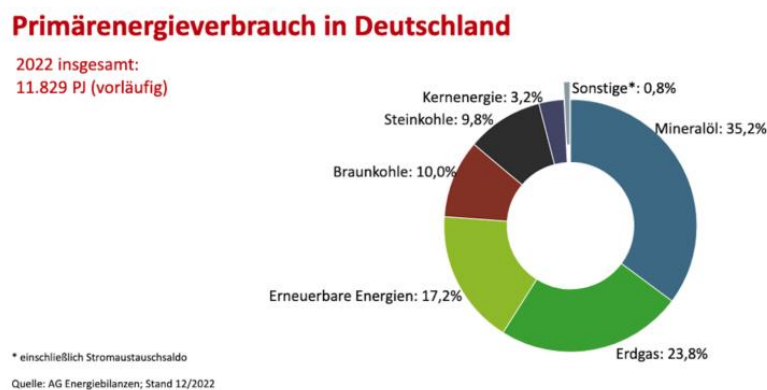


Abbildung 3: „Primärenergieverbrauch in Deutschland“<sup>122</sup>

Erneuerbare Energien deckten im Jahre 2022 17.2% des gesamten Energieverbrauches.<sup>123</sup>

Die Energie aus erneuerbaren Energieträgern wird hauptsächlich durch Biomasse (45%), Windenergie (26%) und Photovoltaik (12%) erzeugt.<sup>124</sup> Ein kleinerer Anteil wird durch Biokraftstoffe, Wasserkraft, Solarthermie und Geothermie Energie erzeugt.<sup>125</sup> Um klimaneutraler zu werden, wird immer mehr auf diese Energieträger zugegriffen, und sie werden weiter ausgebaut. Außerdem muss wegen des wachsenden Strombedarfs der Ausbau

<sup>119</sup> Ibid

<sup>120</sup> „Was Rügen gegen ein LNG-Terminal hat“, Tagesschau, 20.04.2023

<sup>121</sup> Ibid

<sup>122</sup> „Energie-Mix in Deutschland 2022: Mehr Erneuerbare, weniger Verbrauch, mehr Emissionen“, Solarserver, 20.12.2022

<sup>123</sup> Ibid

<sup>124</sup> „Erneuerbare Energien in Zahlen“, Umwelt Bundesamt, 17.03.2023

<sup>125</sup> Ibid

„forciert“ werden.<sup>126</sup> Bis 2030 sollen 80% des Stromverbrauchs mit erneuerbaren Energien gedeckt werden.<sup>127</sup>

### *Atomausstieg*

Die Nutzung der Kernkraft, der Bau von Kernkraftwerken sowie die Entsorgung von Atommüll waren seit den 70er Jahren ein umstrittenes Thema.<sup>128</sup> Nach der Atomkatastrophe in Fukushima im März 2011 beschloss der Bundestag die Abschaltung aller deutschen Atomkraftwerke bis zum Ende des Jahres 2022. Also wurden nach und nach die meisten Atomkraftwerke vom Netz genommen, und drei (Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2) sollten eigentlich spätestens am Ende des Jahres 2022 abgeschaltet werden.<sup>129</sup> Letztendlich haben diese am 15. April 2023 ihren Betrieb eingestellt. Somit ist Deutschlands Atomausstieg jetzt vollzogen.

Trotz kompletter Abschaltung der Reaktoren steht noch die Frage offen, was mit dem Atommüll passieren soll. Nachdem die radioaktiven Brennelemente entfernt werden, werden sie erst in Abklingbecken gelagert, um die Radioaktivität auf einem bestimmten Wert zu senken.<sup>130</sup> Erst dann kann Atommüll in Zwischenlager gebracht werden. Ein geeignetes Endlager wurde bis heute nicht gefunden.<sup>131</sup> Der Atomausstieg bringt auch hohe Kosten mit sich:

Eine Kommission hat die Gesamtkosten unter anderem für Stilllegung und Rückbau der Meiler sowie die Transporte und die Lagerung der Abfälle auf 48,8 Milliarden Euro geschätzt. Daraufhin wurde ein Fonds eingerichtet, in den die Betreiber der Atomkraftwerke einzahlen mussten. Aus diesem Betrag soll die Zwischen- und Endlagerung bezahlt werden. Die Energieversorger sind auch für die Kosten von Stilllegung und Rückbau der Meiler verantwortlich. RWE zufolge schwanken die Kosten für den Nachbetrieb und Rückbau eines Kernkraftwerks je nach Größe, Alter und Betriebsstunden der Anlagen zwischen 500 Millionen und eine Milliarde Euro.<sup>132</sup>

---

<sup>126</sup> Nürnberger, Dieter, „Ausbau der erneuerbaren Energien – was ist machbar?“, Deutschlandfunk, 08.12.2021

<sup>127</sup> „Erneuerbare Energien“, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

<sup>128</sup> „Atomausstieg – Deutschland verabschiedet sich endgültig von der Kernkraft“, Bundeszentrale für politische Bildung, 14.04.2023

<sup>129</sup> „Antworten zum endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland“, Deutschlandfunk, 10.04.2023

<sup>130</sup> „Abklingbecken“, Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung

<sup>131</sup> „Was folgt auf das Abschalten?“, Tagesschau, 16.04.2023

<sup>132</sup> Ibid

## *Kohleausstieg*

Da Kohlekraftwerke große Mengen Treibhausgas ausstoßen, ist in den nächsten Jahren der Kohleausstieg geplant. Dazu wurde am 3. Juli 2020 der Kohleausstiegsgesetz von der Bundesregierung verabschiedet.<sup>133</sup> Dieses Gesetz sieht vor, dass der Ausstieg bis 2038 abgeschlossen ist. Jedoch soll Nordrhein-Westfalen schon 2030 aussteigen.

Diese Entscheidung wurde vom BMWK, vom Landesministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie von NRW und von der RWE getroffen. Die RWE ist ein wichtiger deutscher Energieversorgungskonzern. Ziel davon ist es, CO<sub>2</sub> einzusparen. Durch NRW's früheren Ausstieg aus der Kohle werden 280 Millionen Tonnen Braunkohle unter der Erde liegen bleiben, was 280 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> entspricht, die nicht emittiert werden.<sup>134</sup> Die RWE kann sich somit dem 1,5 Grad-Pfad anpassen.<sup>135</sup> Außerdem führt es dazu, dass einige Dörfer und Höfe, die auf dem rheinischen Braunkohlebecken liegen, erhalten bleiben, und nicht zur Ausweitung der Garzweiler Tagebaus zerstört werden müssen. Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich, Beverath, und die Höfe Eggeratherhof, Roitzerhof und Weyerhof bleiben also.<sup>136</sup> Lützerath musste zur Ausweitung des Tagebaus jedoch weichen. Das hat zu einer großen Protestaktion von Umweltaktivisten geführt, um den Abriss des Weilers zu verhindern.

---

<sup>133</sup> „Bundestag beschließt das Kohleausstiegsgesetz“, Deutscher Bundestag

<sup>134</sup> „Verständigung auf Kohleausstieg 2030 und Stärkung der Versorgungssicherheit in der Energiekrise“, RWE AG

<sup>135</sup> Ibid

<sup>136</sup> Ibid



## II. Umweltaktivismus

Ein.e Umweltaktivist.in ist eine Person, „die sich mit in der Öffentlichkeit wirksamen Aktionen für die Umwelt bzw. den Umweltschutz engagiert“.<sup>137</sup> Umweltaktivisten, auch als Klimaaktivisten bekannt, unternehmen also verschiedene Aktionen, um auf die Umweltfragen aufmerksam zu machen. Diese Personen gehören verschiedenen Gruppierungen an, die auf unterschiedliche Art und Weise auf Probleme und Regierungsmaßnahmen reagieren, und dagegen protestieren. Diese Gruppierungen sind auch als Umweltbewegungen bekannt.

### A. Geschichte des Umweltaktivismus

Bereits im 19.- und 20. Jahrhundert hatten einige Bürger und Philosophen wie Ludwig Klages, Bedenken wegen der Folgen der Industrialisierung.

Was Klages damals umtrieb, war die Sorge um eine Welt, die sich in den Jahrzehnten zuvor dramatisch verändert hatte. Die Schloten glühten, die Eisenbahn nahm Fahrt auf, Kanäle wurden angelegt, die Industrialisierung katapultierte eine über Jahrhunderte gleichförmig dahinfließende Welt in atemberaubender Geschwindigkeit in die Moderne. Mit allen Folgeerscheinungen.<sup>138</sup>

Am Ende des 19.- und Anfang des 20. Jahrhunderts wurden die ersten „Vereine zum Schutz der Natur, der Heimat, der Vögel sowie die Lebensreformbewegung“ gegründet.<sup>139</sup> Die Mitglieder dieser Vereine waren „Förster, Naturwissenschaftler, Völkerkundler, Philosophen.“<sup>140</sup>

#### *Entstehung der Bewegungen in Deutschland*

Die moderneren Bewegungen entwickelten sich in Deutschland jedoch im 20. Jahrhundert. In Deutschland gewann Umweltaktivismus durch die Planung von Atomkraftwerken und die Anti-Atom Bewegung an Bedeutung. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Kernkraft immer bedeutender. 1969 entstanden Pläne für den Bau eines Atomkraftwerkes in Breisach, in Baden-Württemberg. Jedoch wurde der Standort dieses AKWs geändert, da Atomgegner und Winzer dagegen demonstrierten. Letztere fürchteten, dass der Bau eines AKWs in der Nähe von ihren Weinbergen negative Folgen für ihre Tätigkeit haben würde.<sup>141</sup> So wurde der Bau in die nah

---

<sup>137</sup> Umweltaktivist“, Duden

<sup>138</sup> Dippel, Carsten, „Das rechte Grün“, Deutschlandfunk, 02.08.2019

<sup>139</sup> Ibid

<sup>140</sup> Ibid

<sup>141</sup> Nickels, Lothar, „Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung“, op.cit.

gelegene Ortschaft Whyl verlegt. Dort war das Projekt aber auch nicht willkommen. So gründeten sich Bürgerinitiativen und es kam ab 17. Februar 1975 nach dem Bauanfang zu den ersten bedeutenden Protestaktionen.<sup>142</sup>



Abbildung 4: „Demonstration in Whyl auf der Baustelle des geplanten Kernkraftwerks (1975)“<sup>143</sup>

Erst besetzten ein paar hundert Atomgegner den Bauplatz, den die Polizei räumte.<sup>144</sup> Eine Woche später kamen dann circa 28.000 Demonstranten aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz nach Whyl, um Widerstand zu leisten.<sup>145</sup> Einige von ihnen haben den Bauplatz neun Monate lang besetzt.<sup>146</sup> Ein vorläufiger Baustopp wurde einige Wochen später verfügt, und schließlich entschied sich die Landesregierung von Baden-Württemberg 20 Jahre später dazu, das Atomkraftwerk doch nicht zu bauen.<sup>147</sup>

Whyl war für Umweltaktivisten ein Beweis dafür, dass man durch Mobilisierung und Proteste ein Umdenken bei Umweltfragen erreichen kann. In Brokdorf hatten Demonstranten auch gegen den Bau des Kraftwerks protestiert, und es kam 1976 zu einer Eskalation zwischen der

<sup>142</sup> Ibid

<sup>143</sup> Ibid

<sup>144</sup> Ibid

<sup>145</sup> „50 Jahre Proteste gegen Atomkraft“, SWR Aktuell, 11.04.2023, 0:40 Minuten

<sup>146</sup> Nickels, Lothar, „Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung“, op.cit.

<sup>147</sup> Ibid

Polizei und den Demonstranten. Man redete sogar von der „Schlacht um Brokdorf“. <sup>148</sup> Jedoch wurde der Bau des Kraftwerks fortgesetzt und war ab 1986 Deutschlands erstes Atomkraftwerk. <sup>149</sup>

Doch nicht nur der Bau von Atomkraftwerken bereitete Atomgegnern Sorgen. Auch die Problematik für die Entsorgung des Atommülls rückte immer mehr in den Vordergrund. Es wurde beschlossen, dass Gorleben in Niedersachsen zu einem Entsorgungszentrum werden sollte. Das kam bei den Atomgegnern aber nicht gut an. Vom 25. Bis zum 31. März 1979 fand ein Treck nach Hannover statt. <sup>150</sup> Insgesamt waren 500 Traktoren unterwegs, und in Hannover versammelten sich 100.000 Demonstranten. <sup>151</sup> Gorleben blieb als Zwischenlager jedoch aktiv. „Die Pläne für ein Atommülllager blieben jedoch bestehen und boten bis 2020 immer wieder Anlass für Protestaktionen. Dann schließlich wurde der Salzstock Gorleben doch als geologisch ungeeignet bewertet.“ <sup>152</sup> Mit Mahnwachen, Großkundgebungen aber auch Sitzblockaden protestierten bis 2011 Atomkraft-Gegner gegen die Castor-Transporte und Atompolitik der Bundesregierung. <sup>153</sup> Per Bahn wurden Behälter mit hochradioaktivem Atommüll in das Zwischenlager Gorleben gebracht. <sup>154</sup> Ein großes Aufgebot seitens der Polizei war im Einsatz, um die Transporte zu schützen. <sup>155</sup>

### *Bündnis 90/Die Grünen*

Um die Ideen von Atom-Gegnern und anderen Personen zu repräsentieren, die sich für den Umweltschutz einsetzen wollten, wurde am 13. Januar 1980 die Anti-Parteien-Partei „Die Grünen“ gegründet. <sup>156</sup> 1000 Personen waren hierfür in Karlsruhe zusammengekommen. <sup>157</sup> Es ist auch eine Partei, die man aus den Neuen Sozialen Bewegungen kennt, denn diese wurden als politische Protestgruppen gesehen, die ab den 1960er-Jahren aktiv waren. <sup>158</sup> Neue Soziale Bewegungen hatten in manchen Dimensionen mehr Erfolg als andere. Ideen, die für mehr

---

<sup>148</sup> Ibid

<sup>149</sup> Ibid

<sup>150</sup> „Gorleben und der Atommüll – Eine Chronik“, NDR, 17.09.2021

<sup>151</sup> Nickels, Lothar, „Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung“, op.cit.

<sup>152</sup> Ibid

<sup>153</sup> „2011 rollt der letzte Castor durch Niedersachsen“, NDR, 27.11.2021

<sup>154</sup> Ibid

<sup>155</sup> Werner, Carina, „Heiße Fracht: Der erste Castor-Transport“, NDR, 25.04.2020

<sup>156</sup> Schmidt-Mattern, Barbara, „Die Grünen feiern ihre Gründung“, Deutschlandfunk, 10.01.2020

<sup>157</sup> „Als die Grünen Protestler zur Partei wurden“, NDR, 13.01.2020

<sup>158</sup> Grande, Brigitte, Grande, Edgar, Hahn, Udo, *Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland*, Bielefeld, transcript, 2021, S.67

Umweltschutz standen (Anti-Atom, Ökologie, Sensibilisierung für Umweltfragen) hatten entweder Teilerfolge oder partielle Wirkungen.<sup>159</sup>

1983 schafften die Grünen es mit 5,6% Stimmen, zum ersten Mal in den Bundestag einzuziehen.<sup>160</sup> Nach und nach gelang es der neuen Partei auch, in die Landtage einzuziehen. In den 1990er Jahren schlossen sich Die Grünen mit Bündnis 90 zusammen, eine Oppositionspartei der ehemaligen DDR. 1998 entstand für die neue Bundesregierung die rot-grüne Koalition zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD.<sup>161</sup> Zu dieser Zeit kam es innerhalb der Partei aber auch zu Konflikten. Die Regierung stimmte damals dem Krieg in Kosovo zu, und dies drohte „die Partei zu zerreißen.“<sup>162</sup>

2010 machte die grüne Partei auf die Atomkraft aufmerksam, indem sich 100.000 Personen rund um den Bundestag versammelt haben, um den Atomausstieg zu verteidigen.<sup>163</sup> Aber erst 2011, nach der Atomkatastrophe von Fukushima, beschloss der Bundestag den Atomausstieg.<sup>164</sup> Im September 2021 erreichte die Partei bei den Bundestagswahlen 14,8%<sup>165</sup> der Stimmen und seit Dezember 2021 bildet sie gemeinsam mit der SPD und der FDP die Ampelkoalition.<sup>166</sup>

### *Entwicklung des Umweltaktivismus über die Jahrzehnte*

In Deutschland und weltweit sind Umweltbewegungen entstanden. Manche Bewegungen sind national und es gibt sie nur in einem bestimmten Land, aber andere sind international vertreten. Sie setzen sich für Umweltschutz ein, und machen auf konkrete Probleme aufmerksam.

Eine bekannte internationale Organisation ist Greenpeace. Es handelt sich hierbei um eine Organisation, die 1971 von Pazifisten und Atomgegnern in Vancouver in Kanada gegründet wurde.<sup>167</sup> Seit 1980 gibt es Greenpeace auch in Deutschland.<sup>168</sup> Mittlerweile ist diese

---

<sup>159</sup> Ibid, S.73

<sup>160</sup> Decker, Frank, „Etappen der Parteigeschichte der GRÜNEN“, op.cit.

<sup>161</sup> „Grüne Geschichte“, Bündnis 90/Die Grünen

<sup>162</sup> Ibid

<sup>163</sup> Ibid

<sup>164</sup> Ibid

<sup>165</sup> Ibid

<sup>166</sup> „SPD, Grüne und FDP besiegeln ihr Bündnis“, *Süddeutsche Zeitung*, 7.Dezember 2021

<sup>167</sup> „Wie Greenpeace im Norden zu kämpfen begann“, NDR, 20.06.2022

<sup>168</sup> Ibid

Organisation weltweit verbreitet. Sie ist in über 55 Ländern aktiv, und in Deutschland unterstützen sie 635.000 Fördermitglieder.<sup>169</sup> So beschreibt Greenpeace ihre Aktionen:

Greenpeace klärt auf, recherchiert und konfrontiert. Die Organisation vertritt dabei die Interessen der Natur und der umweltbewussten Menschen in Politik und Gesellschaft. Dabei geht sie Probleme hartnäckig an - auch gegen Widerstände und über längere Zeiträume. Greenpeace lebt das Recht auf freie Meinungsäußerung, inklusive dem Recht auf Demonstrationsfreiheit, und sucht dabei auch die öffentliche Auseinandersetzung mit Politiker:innen, Konzernbetreiber:innen oder Umweltzerstörer:innen. Durch das Öffentlichmachen der Probleme wächst der Druck auf die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft umzudenken und zu handeln.<sup>170</sup>

Die erste Aktion, die Greenpeace-Aktivisten in Deutschland unternahmen, fand am 13. Oktober 1980 in Nordenham statt. Dort sollte von einem Verklappungsschiff des Chemiekonzerns Kronos Titan 1200 Tonnen Dünnsäure in die Nordsee gekippt werden.<sup>171</sup> Diese Dünnsäure, in der viele verschiedene chemische Giftstoffe sind, hatte fatale Konsequenzen für die Unterwasserwelt. Erst 10 Jahre später wurde das verboten.<sup>172</sup> Seither unternahm Greenpeace Deutschland zahlreiche weitere Aktionen, die für Aufruhr sorgten.

2009 besetzten Greenpeace Aktivisten die Reaktorkuppel des Atomkraftwerks Unterweser in Niedersachsen, um auf die Gefahren von Atomkraft aufmerksam zu machen.<sup>173</sup>

Eine Polizeisprecherin sagte, dass rund 30 Personen auf die etwa 60 Meter hohe Kuppel geklettert seien. Unter anderem entrollten die Aktivisten auf der Kuppel ein Banner mit der Aufschrift „Atomkraft schadet Deutschland“. Mit der Aktion will die Umweltschutzorganisation auf die Gefahr von Atomkraftwerken aufmerksam machen. Greenpeace forderte die sofortige Stilllegung des Meilers Unterweser und weiterer sechs Atomkraftwerke in Deutschland.<sup>174</sup>

Am 15. April 2023 hatte Greenpeace jedoch einen Grund zum Feiern. An diesem Tag fand die Abschaltung der letzten drei deutschen Atomreaktoren statt (Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland), und zu dieser Gelegenheit versammelten sich 200 bis 300 Atomkraftgegner in Berlin am Brandenburger Tor.<sup>175</sup> Um den Sieg gegen die Atomkraft zu symbolisieren, stellten sie einen 4-Meter großen „Atomdino“ auf.<sup>176</sup> Trotzdem ist das Kapitel Atomkraft noch nicht ganz

---

<sup>169</sup> „Greenpeace stellt sich vor“, Greenpeace

<sup>170</sup> Ibid

<sup>171</sup> Herb, Verena, „Wie entsorgt man heute Dünnsäure“, Deutschlandfunk, 13.10.2010

<sup>172</sup> Ibid

<sup>173</sup> „Greenpeace besetzt Reaktorkuppel“, *Die Welt*, 22.06.2009

<sup>174</sup> Ibid

<sup>175</sup> „Umweltschützer feiern Ende der Kernkraft“, Deutschlandfunk, 15.04.2023

<sup>176</sup> „Greenpeace-Fachmann: „Heute ist ein guter Tag für Deutschland““, *Frankfurter Allgemeine*, 15.04.2023, 0:20 Minuten

abgeschlossen. Es wird immer noch nach einer finalen Lösung für die Endlagerung des Atommülls gesucht.<sup>177</sup>

Es gibt auch deutsche Bewegungen, die mehr oder weniger auf radikale Art und Weise Aufmerksamkeit erwecken wollen. Dazu gehört zum Beispiel die *Letzte Generation*.

Die Letzte Generation wurde 2021 nach einem Hungerstreik gegründet.<sup>178</sup> Es ist eine Bewegung, die sich als „die letzte Generation vor den Kippunkten“ sieht.<sup>179</sup> Diese Bewegung ist vor allem für ihre Blockadeaktionen berühmt, zum Beispiel wenn sich Aktivisten in Großstädten an Straßen festkleben. Sie bewarfen auch in Museen Kunstwerke mit Suppe und Kartoffelbrei.<sup>180</sup> Aktivisten beschmierten auch die Parteizentralen der Ampelkoalition, und im März 2023 gossen sie sogar Farbe über das Grundgesetz-Denkmal in Berlin.<sup>181</sup> Die Letzte Generation sieht ihre Art zu protestieren als zivilen Widerstand. Laut ihr sei das die beste Möglichkeit, Aufmerksamkeit auf Probleme zu erregen.<sup>182</sup> Sie handelt auf eine ähnliche Art wie die Bewegung *Extinction Rebellion*. Der Sprecher Florian Zander erklärte der Deutschen Presseagentur: „Ziviler Ungehorsam soll Aufmerksamkeit auf ein Thema lenken. Und es ist viel Aufmerksamkeit erregt worden.“ Das "störende Element" solle zum Nachdenken anregen.<sup>183</sup> Wegen ihrer Protestart wird diese Organisation kritisiert.

Von der deutschen Politik fordert die *Letzte Generation* konkrete Maßnahmen. Darunter ist zum Beispiel ein Tempolimit von 100 km/h auf deutschen Autobahnen, da dies Leben retten könnte.<sup>184</sup> Außerdem fordert die Bewegung auch ein dauerhaftes 9-Euro-Ticket um CO2 einzusparen.<sup>185</sup> Es wird auch gefordert, dass nach 2030 keine fossilen Rohstoffe in Deutschland mehr genutzt werden.<sup>186</sup> 2022 verkündete die Bundesregierung, in der Nordsee Ölbohrungen durchzuführen, um weniger von russischem Erdöl abhängig zu sein.<sup>187</sup> Aus

---

<sup>177</sup> Ibid, 1:36 Minuten

<sup>178</sup> „Was wollen die eigentlich?“, Tagesschau, 19.04.2023

<sup>179</sup> „Strategie Frühjahr 2023“, Letzte Generation

<sup>180</sup> Brandt, Michael, „Kartoffelbrei-Aktivismus im Museum: Wo ist die Grenze?“, NDR, 16.03.2023

<sup>181</sup> Albrecht, Fabian, Zimmermann, Konstantin, Sokola, Ivana, „Wer ist die Letzte Generation?“, *Zeit Campus*, 21.04.2023

<sup>182</sup> „Wer wir sind“, Letzte Generation

<sup>183</sup> „Was wollen die eigentlich?“, op.cit.

<sup>184</sup> „Forderungen“, Letzte Generation

<sup>185</sup> Ibid

<sup>186</sup> „Strategie Frühjahr 2023“, op.cit.

<sup>187</sup> Ismar, Georg, „Lindner will mehr Nordsee – statt Putin-Öl. Warum neue Ölbohrungen in Deutschland zur Option werden“, *Tagesspiegel*, 13.03.2022

diesem Grund protestierten Aktivisten Anfang Juli 2022 in Berlin vor dem Kanzleramt, und rissen davor mit Schaufeln die Erde auf, um Ölbohrungen zu symbolisieren.<sup>188</sup>

„Seit Wochen wenden wir uns bereits täglich an Olaf Scholz und appellieren an seine Verantwortung gegenüber den Bürger:innen und allen zukünftigen Generationen. Wir bitten ihn, die Klimakrise endlich ernst zu nehmen und neuen Ölbohrungen eine klare Absage zu erteilen“, sagt Aktivistin Lea Bonasera. Jeder neue Liter fossiles Öl befeuert demnach den Kollaps unseres Klimas und unserer Gesellschaft.<sup>189</sup>

Doch das sind nicht die einzigen Maßnahmen, die bei Umweltaktivisten Reaktionen auslösen. Die Fertigstellung des ersten deutschen LNG-Terminals in Deutschland sorgte bei Klimaschützern ebenfalls für Aufruhr. Das Spezialschiff „Höegh Esperanza“ kam am 22. Dezember 2022<sup>190</sup> zum Einsatz, um verflüssigtes Erdgas in gasförmigen Zustand umzuwandeln.<sup>191</sup> Laut Scholz ist das Terminal „ein ganz, ganz wichtiger Beitrag für unsere Sicherheit“.<sup>192</sup> Dieses Terminal und die weiteren, die auch noch in Betrieb genommen werden sollen, sollen zur Versorgungssicherheit für Deutschland führen. Vorher wurde ein großer Anteil an Gas aus Russland importiert, aber seit dem Ukraine-Krieg wollte Deutschland Alternativen finden, um nicht mehr von Russlands Gas abhängig zu sein.

Jedoch kritisieren unter anderem Umweltschützer das Anlegen des Schiffes an der Nordseeküste. Dessen „Rohrleitungen müssen mithilfe von Chlor freigehalten werden. Das Chlor wird dann vom Schiff ungeklärt in die Nordsee geleitet. Pro Jahr soll es sich um etwa 35 Tonnen der Chemikalie handeln.“<sup>193</sup>

## **B. Die Protestaktion in Lützerath**

Anfang Januar 2023 ließ der Weiler Lützerath in der Nähe der Stadt Erkelenz viel von sich reden. Grund dafür war der geplante Abriss, da der Weiler im rheinischen Braunkohlebecken liegt, in unmittelbarer Nähe des Garzweiler Tagebaus.

---

<sup>188</sup> Barkey, Sophie, „Im Livestream: Letzte Generation reißt Boden vor Kanzleramt auf“, *Berliner Zeitung*, 09.07.2022

<sup>189</sup> Ibid

<sup>190</sup> „LNG-Terminal: Umweltschützer kritisieren Chlor-Einleitung“, op.cit.

<sup>191</sup> „Scholz eröffnet erstes LNG-Terminal, Kritik von Klimaschützern“, *Nordsee Zeitung*, 18.12.2022

<sup>192</sup> Ibid

<sup>193</sup> „LNG-Terminal: Umweltschützer kritisieren Chlor-Einleitung“, op.cit.

## Grund für die Protestaktion

Im Tagebau „Garzweiler“ wird schon seit langer Zeit von der RWE Braunkohle abgebaut, und Ende 2022 war die Betriebsfläche schon auf etwa 3500 Hektar (35km<sup>2</sup>) angewachsen.<sup>194</sup> Die Flöztiefe beträgt bis zu 210 Meter.<sup>195</sup> Jedes Jahr werden in diesem Tagebau bis zu 30 Millionen Tonnen Braunkohle abgebaut, und in den nahe gelegenen Kohlekraftwerken Neurath und Niederaußem verbrannt.<sup>196</sup>

Der Tagebau ist in zwei Teile aufgeteilt. Garzweiler I liegt auf der östlichen Seite, in der Nähe von Grevenbroich und ist mittlerweile ein rekultiviertes Betriebsgelände.<sup>197</sup> Auf der westlichen Seite liegt Garzweiler II mit der aktuellen und zukünftigen Betriebsfläche.<sup>198</sup>



Abbildung 5: „Braunkohletagebau Garzweiler im Überblick“<sup>199</sup>

<sup>194</sup> „Tagebau Garzweiler: Chronologie und Steckbrief“, BUND Nordrhein-Westfalen

<sup>195</sup> Ibid

<sup>196</sup> „Tagebau Garzweiler“, RWE

<sup>197</sup> Bocksch, René, „Braunkohletagebau Garzweiler im Überblick“, Statista, 18.01.2023

<sup>198</sup> Ibid

<sup>199</sup> Ibid



Diese Karte zeigt die Aufteilung des Tagebaus. Man kann sehen, dass schon 17 Ortschaften für den Braunkohleabbau umgesiedelt wurden.<sup>200</sup> Mehr als 5000 Menschen waren davon betroffen. Doch es wurden nicht nur Dörfer zerstört, sondern auch Wälder und Felder. Die ehemaligen Einwohner erhielten zwar eine Entschädigung vom Energieversorgungskonzern, und die Möglichkeit, in den Ort Neu-Immenrath umzuziehen.<sup>201</sup> Aber trotzdem verloren sie ihre Heimat und ihre Häuser.

2018 riss RWE das Dorf Immerath ab<sup>202</sup>, und 2023 war der Weiler Lützerath an der Reihe.<sup>203</sup> Ursprünglich sollten noch weitere Ortschaften abgerissen werden, aber durch den früheren Kohleausstieg in NRW bleiben diese nun erhalten. Grund für die Erweiterung des Tagebaus ist, dass wegen der Energiekrise Alternativen zu russischen Brennstoffen benötigt werden, um die Abhängigkeit von Russland für die Energieversorgung zu beenden. Obwohl der Kohleausstieg vorgezogen wurde, darf die RWE immer noch größere Mengen Braunkohle abbauen.<sup>204</sup>

Der geplante Abriss führte zu einer massiven Protestaktion von diversen Umweltbewegungen. Diese warfen dem Projekt vor, zur Nicht-Einhaltung des 1,5° Pfades vom Pariser Abkommen beizutragen. Braunkohle ist sehr umweltschädlich: pro Tonne Braunkohle, die verbrannt wird, wird eine Tonne Treibhausgas in die Luft freigesetzt.<sup>205</sup> Die Umweltaktivisten, sowie manche Experten, sind der Meinung, dass die Braunkohle unter Lützerath gar nicht notwendig sei, um die Versorgungssicherheit gewährleisten zu können. Energieökonomin Prof. Claudia Kempfert sagte „Unsere Studie und auch andere Studien zeigen eindeutig, dass Lützerath nicht zerstört und abgebaggert werden muss, es gibt ausreichend Kohle in den existierenden Flächen.“<sup>206</sup> Die Studie besagt folgendes:

Im Abgleich mit den maximal anzunehmenden Fördermengen zeigt die vorliegende Studie, dass der Vorrat im Abbaubereich des Hauptbetriebsplans 2020-2022 für den Tagebau Garzweiler II selbst unter konservativen Annahmen auch ohne Inanspruchnahme von Lützerath ausreichend ist, um die angebundenen Kraftwerke Neurath und Niederaußem sowie Veredelungsbetriebe bis Ende 2030 zu versorgen.<sup>207</sup>

---

<sup>200</sup> „Lützerath geräumt: Was hat der Protest gebracht?“, STRG\_F (YouTube), 17.01.2023, 4:55 Minuten

<sup>201</sup> „Fragen und Antworten zum Rückbau der ehemaligen Siedlung Lützerath“, RWE

<sup>202</sup> „Immerrather Dom" muss Tagebau weichen“, *Spiegel*, 09.01.2018

<sup>203</sup> „Letztes Gebäude abgerissen“, *Der Bund*, 20.01.2023

<sup>204</sup> „Was du wissen musst, um die Debatte um Lützerath zu verstehen“, Quarks, 20.01.2023

<sup>205</sup> „Résister | Un monde nouveau (1/3)“, Arte (YouTube), 08.11.2022, 19 :12 Minuten

<sup>206</sup> Rueter, Gero, „Kampf um das Braunkohledorf Lützerath: Worum geht es?“, Deutsche Welle, 09.01.2023

<sup>207</sup> „Gasknappheit: Auswirkungen auf die Auslastung der Braunkohlekraftwerke und den Erhalt von Lützerath“, Coal Transitions

Ihrerseits besagt die RWE folgendes:

Die zeitnahe Inanspruchnahme der ehemaligen Siedlung Lützerath ist für die Energieversorgung in der aktuellen Energiekrise notwendig. Die ehemalige Siedlung liegt im unmittelbaren Vorfeld des Tagebaus Garzweiler. Auch der Abraum wird für die Rekultivierung benötigt. Es braucht den Kies, Sand und Löss, um die Landschaft nach dem Tagebau pflichtgemäß und nachhaltig zu gestalten.

Die Bergbauingenieure und Tagebauplaner von RWE Power kennen die Lagerstättenverhältnisse vor Ort genau. Sie und auch externe Gutachter sind bei ihren Arbeiten zu diesem Ergebnis gekommen: Auf die Kohle im Bereich Lützerath kann nicht verzichtet werden, wenn eine sichere Versorgung der Kraftwerke mit Kohle gewährleistet, eine sichere Stromversorgung ermöglicht und Erdgas dabei eingespart werden soll.<sup>208</sup>

Das Ergebnis des Gutachtens der Landesregierung NRW ist folgendes:

Um standsichere Böschungen herzustellen und die notwendige Verfüllung des östlichen Restlochs von Garzweiler II zu gewährleisten, werden nach derzeitigen Erkenntnissen zumindest 650 Mio. m<sup>3</sup> weiterer Abraum benötigt. Diese Mengen, wie auch die Mengen für die Böschungen, müssen aus dem noch bis 2030 laufenden Betrieb gewonnen werden. Die vereinbarten Abstandsflächen von rund 400 Metern zu Keyenberg und den weiteren Dörfern des 3. Umsiedlungsabschnitts und die 500 Meter zu Holzweiler sowie das Stehenlassen der Feldhöfe (Eggeratherhof, Roitzerhof, Weyerhof) führen dazu, dass wegen der benötigten Abraumengen keine Möglichkeit mehr besteht, um – entgegen der gerichtlichen Entscheidung – mit der Nichtinanspruchnahme von Lützerath praktisch eine Insellage für die Siedlung im Tagebau Garzweiler II herzustellen. Hinzu kommt die notwendige Kohlebereitstellung insbesondere im Hinblick auf die aktuelle Gasmangellage, die eine kurzfristige Inanspruchnahme der von den ursprünglichen Bewohnern verlassen und vollständig im Eigentum bzw. im Besitz von RWE stehenden Siedlung erforderlich macht.<sup>209</sup>

Diese unterschiedlichen Ergebnisse verdeutlichen die Uneinigkeit, die es zwischen verschiedenen Institutionen gibt. Ob die Braunkohle unter Lützerath wirklich benötigt wird oder nicht, und ob der Abriss des Weilers zum Überschreiten des 1,5°C Zieles beitragen wird oder nicht, ist also unklar und umstritten. Eine Stellungnahme des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wirft zudem der Landesregierung NRWs Intransparenz in ihrem Vereinbarungsprozess vor:

---

<sup>208</sup> „Fragen und Antworten zum Rückbau der ehemaligen Siedlung Lützerath“, op.cit.

<sup>209</sup> „Stärkung von Versorgungssicherheit und Klimaschutz – Klarheit für die Menschen im Rheinischen Revier“, Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der erste Fehler liegt in der mangelnden Transparenz der in der Vereinbarung enthaltenen Daten und Annahmen zum vorzeitigen Kohleausstieg 2030. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat zwar in einer Stellungnahme beschrieben, warum Lützerath abgebaggert und zerstört werden soll. Sie ist jedoch intransparent und in den Annahmen unverständlich. So begründet die Landesregierung die zusätzliche Abbaggerung damit, dass die Kohle für die Veredelung notwendig sei. Dabei geht sie von einem konstanten Verbrauch aus. Jedoch ist es unwahrscheinlich, dass konstante Mengen für die Kohleveredelung überhaupt benötigt werden. Eine Braunkohle-Veredelungsanlage in Frechen wurde bereits geschlossen.

Zweitens besteht ein wesentlicher Fehler darin, dass mit der jetzigen Vorgehensweise der Eindruck entsteht, es gibt eine Art „Hinterzimmerdeal“, der den Konzerninteressen entgegenkommt. [...] Es ist ein schwerwiegender Fehler, dass dies nicht gemacht wurde und die Politik das jetzige Vorgehen trotz gesellschaftlichen Unmuts durchzieht. Lützerath wird so zum Symbol einer fehlerhaften Energie- und Klimapolitik. Dies schadet nicht nur der Glaubwürdigkeit Deutschlands bei internationalen Verhandlungen, sondern vor allem der Partei der Grünen.<sup>210</sup>

Die Braunkohleförderung zur Energieversorgungssicherheit ist jedoch nicht der einzige Grund dafür, dass Lützerath abgerissen werden sollte. Nachdem im Tagebau an einer Stelle keine Braunkohle mehr abgebaut wird, wird rekultiviert, um die Fläche unter anderem für landwirtschaftliche Zwecke wieder nutzbar zu machen.<sup>211</sup> „Kiese, Sande und Löss aus dem Bereich Lützerath würden gebraucht, um die Böschungen für die zukünftigen Seen zu schaffen und um für lückenlos fruchtbare Ackerböden zu sorgen.“<sup>212</sup> Diese dienen auch zur Stabilisierung des Gebietes. Ob der Abriss also eher für den Braunkohleabbau oder zur Stabilisierung der Böschungen gedacht ist, ist ebenfalls unklar.

### *Der Kampf um den Erhalt von Lützerath*

Schon 2020 besetzten über 100 Umweltaktivisten Lützerath und bauten ein Protestcamp auf.<sup>213</sup> Sie lebten in enteigneten Häusern, in selbstgebauten Baumhäusern oder in Zelten.<sup>214</sup> Sie, sowie andere Personen, die die Proteste unterstützten, gehören verschiedenen Umweltbewegungen

---

<sup>210</sup> Kemfert, Claudia, „Lützerath wird zum Symbol einer fehlerhaften Energie- und Klimapolitik“, DIW Berlin, 09.01.2023

<sup>211</sup> „Kunstlandschaften statt Natur“, BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen

<sup>212</sup> „Der Streit um die Kohle unter Lützerath“, Deutschlandfunk, 09.01.2023

<sup>213</sup> Schwarz, Josua, Waldow, Michaela, „Ein Dorf verschwindet- Wie Lützerath zum Klimasymbol wurde“, op.cit.

<sup>214</sup> „Lützerath vom Gericht zur Räumung freigegeben – Ende Gelände kündigt Widerstand an“, Ende Gelände, 28.03.2022

an: Fridays for Future, Ende Gelände, Letzte Generation, Scientists for Future, Alle Dörfer Bleiben, und auch Greenpeace.<sup>215</sup> Aber auch Einwohner aus Lützerath waren bei der Protestaktion dabei. Eckardt Heukamp, ein ehemaliger Landwirt, dessen Hof in Lützerath stand, kämpfte 10 Jahre lang gegen den Abriss und wurde dort zu einer Symbolfigur.<sup>216</sup> 2022 gab er jedoch auf und musste seinen denkmalgeschützten Hof an die RWE verkaufen.<sup>217</sup> Es war nicht das erste Mal, dass er seinen Heimathof verlor: „2015 musste er seinen Hof im nahe gelegenen Borschemich verkaufen. Wegen des Braunkohletagebaus.“<sup>218</sup>

Heukamp und die Aktivisten halfen sich gegenseitig bei dem Kampf um den Erhalt von Lützerath:

Schon bevor das Land NRW und der Konzern das Enteignungsverfahren gegen mich in die Wege geleitet haben, sind die ersten Aktivisten nach Lützerath gekommen, mit der Dauermahnwache an der L277. Ich habe ihnen dann erst Wohnraum und später auch meine Wiese zur Verfügung gestellt, wo sie ihr Hüttendorf und die Baumhäuser gebaut haben. Als dann das Verfahren begann, hatte ich zwei Möglichkeiten: zu akzeptieren oder dagegen anzugehen. Die Aktivisten haben mir geholfen, kundige Anwälte zu finden, und sie haben während des ganzen Prozesses hinter mir gestanden – auch als ich am Ende verkauft habe und auch jetzt noch. [...] Es ist eine Gegenseitigkeit: Ohne mich hätten die Aktivisten hier nicht Fuß fassen können; ohne die Aktivisten wäre Lützerath nicht dieser Symbolort gewesen.<sup>219</sup>

Obwohl Aktivisten erst seit 2020 den Weiler besetzten, waren sie schon vorher mit Protesten gegen die Erweiterung des Tagebaus und Abrisses des Weilers und anderen Dörfern aktiv. Juni 2019 fand eine große Demonstration in der Nähe vom Gelände vom Garzweiler Tagebau statt, wo circa 7000 Demonstranten, hauptsächlich Anhänger der „Fridays for Future“ Bewegung und „Ende Gelände“, mitmachten. Rund 2000 „Ende Gelände“ Aktivisten stürmten in den Tagebau hinein.<sup>220</sup> Ihr Ziel war es, die Aktivität des Tagebaus lahm zu legen, indem unter anderem Bagger blockiert wurden.<sup>221</sup> Von 2020 bis 2022 fanden in der Nähe vom Tagebau und in Lützerath regelmäßig Demonstrationen statt.

---

<sup>215</sup> Söding, Tatjana, „Wo ist Lützerath jetzt?“, *Analyse & Kritik*, 21.02.2023

<sup>216</sup> Saha, Alina, „Was den letzten Garzweiler Bauern in die Knie zwang“, *der Freitag*, 12.04.2022

<sup>217</sup> Schwarz, Josua, Waldow, Michaela, „Ein Dorf verschwindet- Wie Lützerath zum Klimasymbol wurde“, op.cit.

<sup>218</sup> Schmid, Anna, „Dann enteignet mich doch“, sagte Bauer Heukamp – jetzt verliert er den zweiten Hof an RWE“, *Focus*, 31.05.2022

<sup>219</sup> Schnell, Barbara, „RWE versucht, die Leute zu brechen“, *Frankfurter Rundschau*, 05.09.2022

<sup>220</sup> „Who shut shit down? We shut shit down!“, Ende Gelände, 05.07.2019

<sup>221</sup> Quecke, Franca, „Grenzgänger“, *Spiegel*, 23.06.2019

Um die geplanten Räumungsarbeiten des Weilers zu verhindern, wurden Baumhäuser gebaut. Bäume, in denen bewohnte Baumhäuser stehen, können nicht einfach gerodet werden.<sup>222</sup> Zudem wurden auch Häuser auf Pfahlbauten gebaut, dessen Pfähle mindestens 2,50 Meter hoch waren. „Denn ab dieser Höhe müsse die Polizei mit Spezialeinheiten anrücken: „Es sind Strukturen, die es der Polizei schwerer machen sollen, die Aktivist:innen dort raus zu holen.“<sup>223</sup> Die Baumhäuser liegen möglichst hoch in den Bäumen: manche in bis zu 15 Metern Höhe.<sup>224</sup> Insgesamt waren mehr als 40.<sup>225</sup> So beschrieb eine Aktivistin, die sich Ronni nennt, in Lützerath die Wirkung der Baumhäuser:

Baumhäuser sind halt eine von verschiedenen Blockademethoden sozusagen, also wenn ein Baumhaus im Baum ist, und da oben sind Leute, dann müssen die da halt erstmal runtergeholt werden, das ist ein recht großer Aufwand. Das dauert mehrere Stunden, manchmal auch länger, und manchmal auch ein Tag, und das hält einfach den Abriss von all dem hier unglaublich viel auf.<sup>226</sup>



Abbildung 6: Baumhäuser in Lützerath<sup>227</sup>

<sup>222</sup> „Lützerath geräumt: Was hat der Protest gebracht?“, op.cit., 7:58 Minuten

<sup>223</sup> „Gebauter Protest“, Deutschlandfunk Kultur, 16.01.2023

<sup>224</sup> Börner, Moritz, „Die Klimaaktivisten von Lützerath“, WDR 5, 22.09.2023, 6:13 Minuten

<sup>225</sup> „Aktivisten haben sich in Tunnel in Lützerath verschanzt“, *Tagesanzeiger*, 12.01.2023

<sup>226</sup> Börner, Moritz, „Die Klimaaktivisten von Lützerath“, op.cit., 6 :25 Minuten

<sup>227</sup> Aktivisten haben sich in Tunnel in Lützerath verschanzt“, op.cit.

Ronni hoffte, dass sie dadurch den Abriss solange wie möglich aufhalten können, damit sich immer mehr Menschen dem Protest anschließen und den Polizisten zur Räumung im Weg stehen.<sup>228</sup> Die Baumhäuser waren auch durch sogenannte Wegenetze verbunden, die es den Demonstranten erlauben, sich fortzubewegen, ohne den Boden zu berühren.<sup>229</sup> Daran gebunden sind auch Monopods. Wenn ein Aktivist darauf sitzt, kann dieser nicht einfach geräumt werden und das Wegenetz auch nicht, da sonst alles zusammenbrechen würde, und die Aktivisten verletzt werden könnten.<sup>230</sup> Um ein Vordringen der Polizei zum Dorf zu erschweren, bauten Aktivisten Barrikaden auf.<sup>231</sup> Diese bestanden aus Stahl, Beton, Reifen, aber sogar auch aus Möbeln wie Sofas und Stühle.<sup>232</sup> Manchmal setzten Aktivisten diese auch in Brand.

### *Die Räumung von Lützerath*

Am 11. Januar 2023 begann die Räumung des Weilers.<sup>233</sup> An diesem Tag bewarfen Aktivisten die Polizisten mit Feuerwerkskörpern, Molotow-Cocktails und Steinen, um Widerstand zu leisten.<sup>234</sup> Über 200 Aktivisten verließen das Protestcamp freiwillig.<sup>235</sup>

Zu Beginn der Räumung hatte die Polizei den Besetzern noch eine Möglichkeit gelassen, den Ort ohne Strafanzeige zu verlassen. Laut Polizei nutzten dies viele von ihnen: "Wir begrüßen vor allen Dingen auch ausdrücklich, dass sich doch eine Vielzahl von Aktivisten dazu entschlossen haben, den Bereich hier friedlich und ohne Gegenwehr zu verlassen", erklärte der Polizeisprecher weiter.<sup>236</sup>

An diesem Tag begann die RWE auch damit, Barrikaden abzubaggern. Im Laufe des Tages beruhigte sich die Lage, weitere Barrikaden wurden entfernt und die Polizei holte auch einige Aktivisten mithilfe einer Hebebühne von ihren Gestellen und Hütten.<sup>237</sup> Insgesamt gab sich der Polizeisprecher mit der Lage in Lützerath zufrieden:

---

<sup>228</sup> Ibid, 6 :50 Minuten

<sup>229</sup> „Showdown in Lützerath“, WDR Doku (YouTube), 19.01.2023

<sup>230</sup> Ibid

<sup>231</sup> Moosmann, Theresa, „Wir bauen Barrikaden aus Stahl und Beton, Sofas und Stühlen“, *Zeit Campus*, 04.11.2022

<sup>232</sup> Ibid

<sup>233</sup> „Die Räumung des Klimacamps abgeschlossen“, Deutschlandfunk, 16.01.2023

<sup>234</sup> Zajonz, David, „Polizei verzeichnet Erfolge am ersten Tag der Räumung des Kohledorfs Lützerath“, Tagesschau, 11.01.2023, 1:10 Minuten

<sup>235</sup> Ibid, 1:24 Minuten

<sup>236</sup> „Polizei mit Räumung bisher zufrieden“, Tagesschau, 11.01.2023

<sup>237</sup> Ibid

„Wir haben hier ganz überwiegend friedlichen Protest erlebt, in Sitzblockaden, auf Tripods - und das sind Protestformen, mit denen wir super parat kommen“, sagte der Polizeisprecher. [...] Vereinzelt Aktivisten begleiten die Szenen mit Gitarren- und Klaviermusik.<sup>238</sup>

Gebäude, unter anderem der, in dem sich die „Küche für alle“ befand, wurde mittags ebenfalls geräumt.<sup>239</sup> Eigentlich sollte sie erstmal verschont bleiben. Ein Polizist erklärte in einem Dokumentarfilm vom WDR:

„Für uns hat sich das jetzt so dargestellt, dass man reingehen musste, weil da Straftäter reingelaufen sind und sich da versteckt gehalten haben. Da hat man halt drauf reagiert, auch aus meiner Sicht erstmal, mit den Informationen die ich habe, angemessen drauf reagiert. Und wir haben jetzt direkt schon dann im Anschluss quasi von der Führung das Signal bekommen, dass man anbieten kann, dass die Küchenmaterialien hier raustransportiert werden durch die Szene, woanders aufgebaut und wieder genutzt werden.“<sup>240</sup>

Der erste Räumungstag brachte verschiedene Reaktionen auf, sei es von Politikern, berühmten Umweltschützern, Journalisten und Prominenten. Wirtschaftsminister Habeck erklärte: „Die leergezogene Siedlung Lützerath, wo keiner mehr wohnt, ist aus meiner Sicht das falsche Symbol“.<sup>241</sup> Dies zeigt, dass er die Räumung für angemessen empfand.<sup>242</sup> Herbert Reul, der Innenminister von NRW, äußerte sich bezüglich der Angriffe auf die Polizisten die morgens stattfanden und war davon „fassungslos“.<sup>243</sup> Er meinte: „Die friedlichen Aktivisten sollten nun woanders protestieren: "Man kann woanders demonstrieren, man muss denen jetzt nicht noch behilflich sein dadurch, dass man da steht und die Polizei bei der Arbeit stört. "“<sup>244</sup>

Die Räumung wurde aber auch kritisiert. Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten Union (dju) redete von einer eingeschränkten Pressefreiheit und Berichterstattung: „Journalisten sei der Zugang in den Einsatzbereich verweigert worden, außerdem sollen Polizisten von einem Fotografen verlangt haben, Bilder zu löschen.“<sup>245</sup> Die Organisation BUND, die sich für den Naturschutz einsetzt, „forderte, die Räumung und den Polizeieinsatz abubrechen.“<sup>246</sup> Auch Prominente setzten sich für den Räumungs-Stopp ein: über 200 Musiker, Schauspieler und Influencer unterzeichneten einen offenen Brief an die Landesregierung NRWs für den Erhalt

---

<sup>238</sup> Ibid

<sup>239</sup> Ibid

<sup>240</sup> „Showdown in Lützerath“, 22:12 Minuten

<sup>241</sup> „Polizei mit Räumung bisher zufrieden“, op.cit.

<sup>242</sup> Ibid

<sup>243</sup> Ibid

<sup>244</sup> Ibid

<sup>245</sup> Ibid

<sup>246</sup> Ibid

Lützeraths.<sup>247</sup> „Das »Abbaggern der Kohle von Lützerath« sei »nicht nur eine Frage der Existenz eines Dorfes, sondern eine Causa, die von globaler und klimapolitisch richtungsweisender Bedeutung ist“<sup>248</sup>

In den folgenden Tagen ging die Räumung weiter. Nach und nach wurden die letzten Gebäude geräumt und abgerissen, unter anderem Eckard Heukamps Hof, sowie auch Hütten und Baumhäuser.<sup>249</sup> Aktivisten verbreiteten in den sozialen Medien, dass sie unter Lützerath einen Tunnel gegraben hätten, in denen zwei von ihnen verschanzt wären. Laut Angaben der Polizei war das aber gefährlich, da man nichts über die Stabilität des Tunnels und deren Luftzufuhr wusste.<sup>250</sup> Dieser Tunnel lag vier Meter unter der Erde.<sup>251</sup> Am 16. Januar verließen die beiden Aktivisten doch noch den Tunnel, und waren somit Lützerath's letzte Besetzer. Am 14. Januar war es während einer Demonstration am Rande des Tagebaus zwischen Aktivisten und Polizisten zu einer Eskalation gekommen. Insgesamt waren laut Polizei 15 000 Teilnehmer vor Ort, aber die Veranstalter schätzten die Zahl auf 35 000.<sup>252</sup> Greta Thunberg und Luisa Neubauer, wichtige Personen der *Fridays for Future* Bewegung, waren dabei. Rund 1000 Aktivisten versuchten in den abgesperrten Weiler einzudringen.<sup>253</sup> Um dies zu verhindern nutzte die Polizei Wasserwerfer und Pfefferspray. Laut Veranstaltern hat die Polizei, „systematisch auf den Kopf von Aktivistinnen und Aktivisten geschlagen“.<sup>254</sup>

Durch die Eskalation kam es auf beiden Seiten zu Verletzten. Genaue Zahlen kennt man nicht, aber laut Polizeiangaben sind am 14. Januar mehr als 80 Polizisten verletzt worden, und über die gesamte Räumungszeit über 100.<sup>255</sup> Zu den Verletzungen kam es scheinbar aber nicht nur durch die Eskalation, sondern teilweise auch wegen der Wetterlage, da der Boden sehr matschig war.<sup>256</sup> Bei den Aktivisten wird geschätzt, dass es am Tag der Eskalation circa 120 Verletzte gab, und während der gesamten Räumungszeit circa 300.<sup>257</sup> Eine Demonstrations-

---

<sup>247</sup> Kühn, Alexander, „200 Prominente fordern sofortigen Stopp der Räumung von Lützerath“, *Spiegel*, 11.01.2023

<sup>248</sup> Ibid

<sup>249</sup> „Aktivisten verschanzen sich in Tunneln“, *Tagesschau*, 13.01.2023

<sup>250</sup> Ibid

<sup>251</sup> Wundersee, Philipp, „Frühere Anreise der Klimaaktivistin Thunberg zur Unterstützung der Proteste gegen die Räumung von Lützerath“, *Tagesschau*, 13.01.2023, 0:51 Minuten

<sup>252</sup> Hoffmann, Caroline, „Warum die Demo bei Lützerath eskaliert ist“, *Tagesschau*, 17.01.2023

<sup>253</sup> „Am Rande der Eskalation“, *Spiegel*, 15.01.2023

<sup>254</sup> „Gegenseitige Gewaltvorwürfe nach Demo in Lützerath“, *Deutsche Welle*, 15.01.2023

<sup>255</sup> „Mehr als 100 Polizisten bei Lützerath-Räumung verletzt“, *Die Zeit*, 16.01.2023

<sup>256</sup> Hoffmann, Caroline, „Warum die Demo bei Lützerath eskaliert ist“, op.cit.

<sup>257</sup> „Mehr als 100 Polizisten bei Lützerath-Räumung verletzt“, op.cit.



Sanitäterin redete sogar von „einigen lebensgefährlich verletzten Personen“, was die Polizei wiederum verneinte.<sup>258</sup> Dazu drückte sich der Sprecher von *Lützerath lebt* am 16. Januar aus:

"Es gibt zum Glück keine lebensgefährlich Verletzten." Es gehe nicht darum, "Sachen schlimmer darzustellen, als sie waren", sagte Özcan weiter. Die Sanitäterin habe ihren subjektiven Eindruck weitergegeben und kein gutes diagnostisches Gerät zur Verfügung gehabt, erst im Krankenhaus habe die Schwere der Verletzungen der Betroffenen abgeklärt werden können.<sup>259</sup>

Einige Fälle von Polizeigewalt sollten jedoch noch überprüft werden, obwohl NRWs Innenminister den Polizeieinsatz insgesamt als „hochprofessionell“ qualifizierte.<sup>260</sup> Nancy Faeser, Bundesinnenministerin, sagte dazu: „Wenn sich die Vorwürfe bestätigen, müssen diese Konsequenzen haben“.<sup>261</sup>

Ähnliche Folgen und Reaktionen der Umweltaktivisten und Politikern wie in Lützerath gab es in Frankreich ebenfalls bei einer Demonstration gegen den Bau von Wasserspeichern in Sainte-Soline, im Westen des Landes. Ziel dieser Wasserspeicher ist es, im Winter Grundwasser abzupumpen, dass im Sommer dann dazu dienen soll, Felder von Landwirten zu bewässern.<sup>262</sup> 16 dieser Wasserspeicher soll es im Département Deux-Sèvres geben.<sup>263</sup> Jedoch sind diese stark umstritten. Umweltschutzbündnisse kritisieren diese, weil das Wasser trotz Klimawandel nur für die Landwirtschaft in Anspruch genommen wird und fordern ein Moratorium für eine gerechte Teilung des Wassers.<sup>264</sup> Am 25. März veranstalteten *Bassines non merci*, *Soulèvements de la Terre* und die *Confédération paysanne*, eine Bauerngewerkschaft, eine eigentlich verbotene Protestaktion.<sup>265</sup> Laut Veranstalter gab es 30 000 Teilnehmer, laut Behörden waren es 6 000 Teilnehmer.<sup>266</sup> Es war circa eine Stunde lang zu massiven Ausschreitungen gekommen, denn einige Aktivisten warfen zum Widerstand Feuerwerkskörper und Molotow-Cocktails auf die Polizisten, und vier Polizeiwagen wurden in

---

<sup>258</sup> Ibid

<sup>259</sup> Ibid

<sup>260</sup> „Gegenseitige Gewaltvorwürfe nach Demo in Lützerath“, op.cit.

<sup>261</sup> „Mehr als 100 Polizisten bei Lützerath-Räumung verletzt“, op.cit.

<sup>262</sup> „Im kleinen Ort Sainte-Soline mündet der Kampf ums Wasser in Gewalt“, *Focus*, 04.04.2023

<sup>263</sup> „Konflikte um Verteilung von Wasser in Frankreich sorgt weiter für Debatten – Grüne verurteilen Gewalt von Sainte-Soline“, Deutschlandfunk, 28.03.2023

<sup>264</sup> Laplaud, Laura, „Méga-bassines dans les Deux-Sèvres : pourquoi ce projet cristallise les tensions“, *Europe 1*, 25.03.2023

<sup>265</sup> „Konflikte um Verteilung von Wasser in Frankreich sorgt weiter für Debatten – Grüne verurteilen Gewalt von Sainte-Soline“, op.cit.

<sup>266</sup> Guillotin, Noémie, Prigent, Irène, Psychieras, Jade, Courret, Bénédicte, „EN IMAGES – Manifestation anti-bassines dans les Deux-Sèvres : cinq blessés grave, une enquête ouverte“, *France Bleu*, 25.03.2023

Brand gesetzt.<sup>267</sup> Mehr als 3000 Polizisten waren vor Ort, die wiederum setzten unter anderem Wasserkanonen und Tränengas ein.<sup>268</sup>

Laut Behörden wurden sieben Demonstranten, 28 Polizisten und zwei Journalisten von den Rettungskräften in dem Krankenhaus gebracht.<sup>269</sup> Einer der Veranstalter, *Bassines non merci*, redetet von 200 Verletzten.<sup>270</sup> Nach der Protestaktion wurden 11 Personen festgenommen, und es wurden auch viele, verschiedene Waffen beschlagnahmt, darunter Messer, Äxten und Gasflaschen.<sup>271</sup> Premierministerin Borne kritisierte nach der Protestaktion das Verhalten der Aktivisten, die Gewalt nutzten und zeigte den Polizeikräften und der Feuerwehr ihre Unterstützung.<sup>272</sup> Innenminister Darmanin meinte, dass die gewaltbereiten Aktivisten der linksradikalen Szene angehören, und dass diese Handlungen nicht entschuldbar sind.<sup>273</sup> Mélenchon von *La France Insoumise* und Tondelier von der Grünen Partei kritisierten das Verhalten der Polizeikräfte, und dass diese Granaten in Richtung der Verletzten Demonstranten warfen.<sup>274</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Maßnahmen, die von der Politik getroffen werden, von Umweltaktivisten stark umstritten sind. Auch im Ausland ist das der Fall, zum Beispiel in Frankreich. Sie setzen sich auf verschiedene Art und Weise für ihre Einstellung zur Umwelt ein und decken Probleme auf. Ohne sie würde wahrscheinlich weniger Aufmerksamkeit darauf gerichtet sein und die Öffentlichkeit weniger informiert sein.

---

<sup>267</sup> Ibid

<sup>268</sup> Guyard, Charles, Dominguez, Guillaume, „Sainte-Soline : ce qu’il fait retenir de la manifestation contre les «bassines» dans les Deux-Sèvres“, *Europe 1*, 26.03.2023

<sup>269</sup> Guillotin, Noémie, Prigent, Irène, Psychieras, Jade, Courret, Bénédicte, „EN IMAGES – Manifestation anti-bassines dans les Deux-Sèvres : cinq blessés grave, une enquête ouverte“, *op.cit.*

<sup>270</sup> Ibid

<sup>271</sup> Ibid

<sup>272</sup> Guyard, Charles, Dominguez, Guillaume, „Sainte-Soline : ce qu’il fait retenir de la manifestation contre les «bassines» dans les Deux-Sèvres“, *op.cit.*

<sup>273</sup> Ibid

<sup>274</sup> Ibid

## Fazit

Die deutsche Energiepolitik hat sich über die Jahre deutlich verändert. Sie wurde immer weiterentwickelt, um sich der aktuellen Lage des Landes anzupassen. So ist es in Deutschland dazu gekommen, dass man erst intensiv Kohle genutzt hat, um Energie zu produzieren, vor allem in der DDR, als Deutschland noch geteilt war. In der BRD wurde auch viel Braunkohle zur Energieproduktion genutzt, jedoch wurde über die Jahre immer mehr Erdöl importiert, da dieser in den 50er-Jahren noch günstig war. Der Erdöl-Import war später weder für die DDR sowie die BRD nur von Vorteil. Die DDR war deswegen stark verschuldet. Die BRD erlitt eine Ölkrise wegen des Jom-Kippur Krieges, wo die Preise stark stiegen und Energie gespart werden musste, weil die Krise kurz vor dem Winter anfang. Kernkraft wurde mit den Jahren in der DDR sowie in der BRD immer bedeutender. Die DDR fing in der Mitte der 50er Jahre damit an, im Bereich der Kernkraft zu forschen und eröffnete ihr erstes Kernkraftwerk im Jahre 1966. Auch in der BRD wurden Atomkraftwerke gebaut. Jedoch zeigte die Atomkatastrophe von Tschernobyl 1986 die Unsicherheit dieses Energieträgers.

Über die Jahre gewann Umweltschutz wegen des Klimawandels immer mehr an Bedeutung. Die Nutzung von „traditionellen“ Energieträgern, wie Kohle, Kernkraft und Erdöl wird immer mehr in Frage gestellt, weil sich Menschen und Politiker immer mehr über deren Folgen für die Umwelt bewusst wurden. Es wird also nach Alternativen gesucht, aber nicht nur wegen des Klimawandels. Ein anderer Grund ist, dass zurzeit wegen des Ukraine-Krieges eine Energiekrise herrscht. Deutschland war vor dem Ausbruch des Krieges stark von Erdgasimporten aus Russland abhängig. Durch den Krieg sind die Preise stark gestiegen, und Deutschland möchte seine Geschäfte mit Russland verringern.

Die Bundesregierung traf also verschiedene Maßnahmen, die dem Umweltschutz und der Energieversorgungssicherheit dienen sollen. Zum Beispiel ist mit dem Bundesklimaschutzgesetz geplant, dass bis 2030 die Treibhausemissionen um 65% gemindert werden sollen. Bis dahin sollen außerdem erneuerbare Energien den Stromverbrauch zu 80% decken. Um die Abhängigkeit von Russland zu verringern, eröffnete Ende 2022 Deutschlands erster LNG-Terminal. So soll Erdgas statt aus Russland aus Katar und anderen Ländern importiert werden, um zumindest einen Teil des deutschen Verbrauches abdecken zu können. Die LNG-Terminals sorgten aber für Aufruhr wegen der möglichen Schäden, die diese auf das

Wattenmeer haben könnten. April 2023 markierte auch eine wichtige Etappe der deutschen Energieerzeugung, denn es wurden die letzten drei Atomkraftwerke abgeschaltet. Darüber haben sich Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace zwar gefreut, jedoch sorgen sie sich noch darum, was mit dem Atommüll passieren soll. Die nächste Etappe wird der Kohleausstieg sein, der in Deutschland eine lange Geschichte hat. Dieser wird in NRW schon 2030 erfolgen, und im Rest von Deutschland 2038. Doch bis dahin läuft die Aktivität und Erweiterung der Tagebaue und der Kohlekraftwerke weiter. Deshalb konnte der Abriss Lützerath's nicht verhindert werden, was bei Umweltaktivisten zu einer großen Protestaktion führte.

2020 begannen schon die ersten Aktivisten damit, in Lützerath ein Protestcamp aufzubauen. Durch ihre Art zu protestieren, dem zivilen Ungehorsam, erweckten die Aktivisten Aufmerksamkeit. Sie bauten Baumhäuser und Hütten, besetzten enteignete Häuser und entwickelten verschiedene Strategien, um den Polizeikräften die Räumung zu erschweren. Im Januar 2023 begann die Räumung, die nicht ohne Zwischenfälle verlief. Schon am ersten Tag warfen manche Aktivisten Feuerwerkskörper und sogar einige Molotow-Cocktails auf die Polizeikräfte. Nach und nach verließen einige Aktivisten Lützerath freiwillig, andere wurden von den Polizisten weggetragen. Am 14. Januar eskalierte die Demonstration, und wegen der Ausschreitungen und des Wetters sind Aktivisten sowohl als auch Polizisten verletzt worden.

Obwohl Protestaktionen von Umweltaktivisten nicht immer ein Erfolg sind, machen sie auf Umweltfragen und Maßnahmen der Regierung aufmerksam. Dazu nutzen sie verschiedene Strategien, um Widerstand zu leisten, eine davon ist der zivile Ungehorsam. So schaffen es Aktivisten, ihren Standpunkt und ihre Aktionen an die Öffentlichkeit zu tragen, in der Hoffnung, dass Politiker ihre Maßnahmen in Frage stellen, und um in der Gesellschaft nach Unterstützung zu suchen.

## **Bibliografie**

### **Bücher:**

Friedrich Ebert Stiftung, *Die Energiepolitik der DDR*, Bonn, Verlag Neue Gesellschaft GmbH, 1988

Grande, Brigitte, Grande, Edgar, Hahn, Udo, *Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland*, Bielefeld, transcript, 2021

Kahlert, Joachim, *Die Kernenergiepolitik in der DDR*, Köln, Verlag Wissenschaft und Politik, 1988

### **Artikel:**

„Aktivisten haben sich in Tunnel in Lützerath verschanzt“, *Tagesanzeiger*, 12.01.2023

Albrecht, Fabian, Zimmermann, Konstantin, Sokola, Ivana, „Wer ist die Letzte Generation?“, *Zeit Campus*, 21.04.2023

„Am Rande der Eskalation“, *Spiegel*, 15.01.2023

Barkey, Sophie, „Im Livestream: Letzte Generation reißt Boden vor Kanzleramt auf“, *Berliner Zeitung*, 09.07.2022

Czierpa, Juliane, „Der Ruhrbergbau – Von der Industrialisierung bis zur Kohlekrise“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 69. Jahrgang, 1-3/2019, 7. Januar 2019, S.13-19

„Greenpeace besetzt Reaktorkuppel“, *Die Welt*, 22.06.2009

„Im kleinen Ort Sainte-Soline mündet der Kampf ums Wasser in Gewalt“, *Focus*, 04.04.2023

„"Immerather Dom" muss Tagebau weichen“, *Spiegel*, 09.01.2018

Ismar, Georg, „Lindner will mehr Nordsee- statt Putin-Öl: Warum neue Ölbohrungen in Deutschland zur Option werden“, *Tagesspiegel*, 13.03.2023

Knodt, Michèle, Kemmerzell, Jörg, „Alles für die Energiewende?“ "Akteure und Institutionen in der deutschen Energiepolitik“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72.Jahrgang, 46-47, 14.11.2022, S. 25-31

Kühn, Alexander, „200 Prominente fordern sofortigen Stopp der Räumung von Lützerath“, *Spiegel*, 11.01.2023

„Letztes Gebäude abgerissen“, *Der Bund*, 20.01.2023

„Mehr als 100 Polizisten bei Lützerath-Räumung verletzt“, *Die Zeit*, 16.01.2023

Moosmann, Theresa, „ ,Wir bauen Barrikaden aus Stahl und Beton, Sofas und Stühlen‘ “, *Zeit Campus*, 04.11.2022

Quecke, Franca, „Grenzgänger“, *Spiegel*, 23.06.2019

Saha, Alina, „Was den letzten Garzweiler Bauern in die Knie zwang“, *der Freitag*, 12.04.2022

Schmid, Anna, „ ,Dann enteignet mich doch“, sagte Bauer Heukamp – jetzt verliert er den zweiten Hof an RWE“, *Focus*, 31.05.2022

Schnell, Barbara, „RWE versucht, die Leute zu brechen“, *Frankfurter Rundschau*, 05.09.2022

„Scholz eröffnet erstes LNG-Terminal, Kritik von Klimaschützern“, *Nordsee Zeitung*, 18.12.2022

„SPD, Grüne und FDP besiegeln ihr Bündnis“, *Süddeutsche Zeitung*, 07.12.2021

Söding, Tatjana, „Wo ist Lützerath jetzt?“, *Analyse & Kritik*, 21.02.2023

Türk, Henning, „Zwischen langfristigen Weichenstellungen und kurzfristigem Krisenmanagement - Kleine Geschichte der Energiepolitik“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72. Jahrgang, 46–47/2022, 14.11.2022, S.17-24

Varwick, Johannes, „Auf dem Weg in die „Ökodiktatur“?“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72. Jahrgang, 21–22/2022, 23.05.2022, S.4-8

### **Internetseiten:**

„Abklingbecken“, Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung [28.04.2023]

<https://www.base.bund.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/A/abklingbecken.html>

„Aktivisten verschanzen sich in Tunneln“, Tagesschau, 13.01.2023 [11.05.2023]

<https://www.tagesschau.de/inland/luetzerath-raeumung-123.html>

„Als die Grünen Protestler zur Partei wurden“, NDR, 13.01.2020 [01.05.2023]

<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Die-Gruenen-Als-die-Protestler-zur-Partei-wurden,gruene1322.html>

„Antworten zum endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland“, Deutschlandfunk, 10.04.2023 [27.04.2023]

<https://www.deutschlandfunk.de/antworten-zum-endgueltigen-ausstieg-aus-der-atomenergie-in-deutschland-100.html>

„Atomausstieg – Deutschland verabschiedet sich endgültig von der Kernkraft“, Bundeszentrale für politische Bildung, 14.04.2023 [27.04.2023]

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/520059/atomausstieg-deutschland-verabschiedet-sich-endgueltig-von-der-kernkraft/>

„Atomenergie in der DDR: Statt 20 nur zwei Atomkraftwerke“, mdr, 14.12.2018 [25.03.2023]

<https://www.mdr.de/geschichte/ddr/politik-gesellschaft/umwelt/atomenergie-in-ostdeutschland-102.html>

Aufgabenbereiche des BMUVs, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz [22.02.2023] <https://www.bmuv.de/>

Aufgabenbereiche des BMWKs, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz [10.04.2023] <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/wirtschaftspolitische-leitlinien.html>

„Aufgaben und Struktur“, Bundesnetzagentur [18.04.2023] <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Allgemeines/DieBundesnetzagentur/AufgabenStruktur/start.html>

„Basisversorgung zu günstigeren Preisen“, Die Bundesregierung, 10.05.2023 [11.05.2023] <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/entlastung-fuer-deutschland/strompreisbremse-2125002>

Baum, Carla, „Flöze, Gruben, Schächte – Geschichte der Braunkohle in Deutschland“, böll thema [10 März 2023] <https://www.boell.de/de/2018/12/27/floetze-gruben-schaechte-geschichte-der-braunkohle-deutschland#:~:text=Im%2017.,kleinem%20Umfang%20in%20Gruben%20abgebaut.>

Behne, Joel, Tippach, Thomas, „Industrialisierung“, Städte Geschichte.de, 1 September 2014 [10 März 2023] <https://www.unimuenster.de/Staedtegeschichte/portal/einfuehrung/geschichte/industrialisierung.html>

Bocksch, René, „Braunkohletagebau Garzweiler im Überblick“, Statista, 18.01.2023 [07.05.2023] <https://de.statista.com/infografik/29139/braunkohletagebau-garzweiler-im-ueberblick/>

Börner, Moritz, „Die Klimaaktivisten von Lützerath“, WDR 5, 22.09.2023 [09.05.2023] <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-neugier-genuegt-das-feature/audio-die-klimaaktivisten-von-luetzerath-100.html>



Brandt, Michael, „Kartoffelbrei-Aktivismus im Museum: Wo ist die Grenze?“, NDR, 16.03.2023 [06.05.2023] <https://www.ndr.de/kultur/kunst/niedersachsen/Aktionen-der-Letzten-Generation-Wo-ist-die-Grenze,klimaaktivismus100.html>

„Braunkohletagebau Garzweiler“, BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen [20.02.2023] <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohlentagebaue/garzweiler/>

„Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG)“, Deutscher Bundestag [11.04.2023] <https://www.bmuv.de/gesetz/bundes-klimaschutzgesetz>

„Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG)“, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, 15.11.2019 [11.04.2023] [https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Gesetze/191118\\_ksg\\_lesefassung\\_bf.pdf](https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Gesetze/191118_ksg_lesefassung_bf.pdf)

„Bundestag beschließt das Kohleausstiegsgesetz“, Deutscher Bundestag [27.04.2023] <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw27-de-kohleausstieg-701804>

„Bücker, Till, „Wie LNG die Gaslücke füllen soll“, Tagesschau, 20.09.2022 [15.04.2023] <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/fluessigerdgas-lng-terminals-101.html>

Decker, Frank, „Etappen der Parteigeschichte der GRÜNEN“, Bundeszentrale für politische Bildung, 06.02.2023 [26.03.2023] <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/gruene/42151/etappen-der-parteigeschichte-der-gruenen/>

„Der Nationale Wasserstoffrat“, Nationaler Wasserstoffrat [20.04.2023] <https://www.wasserstoffrat.de/>

„Der Streit um die Kohle unter Lützerath“, Deutschlandfunk, 09.01.2023 [08.05.2023] <https://www.deutschlandfunk.de/luetzerath-rwe-kohle-tagebau-100.html>

„Der Transferable Rubel“, mdr, 27.04.2015 [21.03.2023] <https://www.mdr.de/heute-im-osten/transferrubel100.html>

„Deutsche Klimaschutzpolitik“, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz [19.04.2023]

<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Industrie/klimaschutz-deutsche-klimaschutzpolitik.html>

„Deutschlands Abhängigkeit von russischem Gas“, Bundeszentrale für politische Bildung, 13.04.2022 [11.04.2023]

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/507243/deutschlands-abhaengigkeit-von-russischem-gas/#node-content-title-0>

„Die Atomkatastrophe von Tschernobyl – 26. April 1986“, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg [27.03.2023]

<https://www.lpb-bw.de/tschernobyl>

„Die DEHSt kennenlernen“, Deutsche Emissionshandelsstelle“ [18.04.2023]

[https://www.dehst.de/DE/Service-und-Publikationen/dehst-kennenlernen/dehst-kennenlernen\\_node.html#:~:text=Die%20Deutsche%20Emissionshandelsstelle%20\(%20DEHSt%20\)%20im,und%20nationalen%20Emissionshandelssystems%20\(%20nEHS%20\)](https://www.dehst.de/DE/Service-und-Publikationen/dehst-kennenlernen/dehst-kennenlernen_node.html#:~:text=Die%20Deutsche%20Emissionshandelsstelle%20(%20DEHSt%20)%20im,und%20nationalen%20Emissionshandelssystems%20(%20nEHS%20))

„Die Räumung des Klimacamps abgeschlossen“, Deutschlandfunk, 16.01.2023 [09.05.2023]

<https://www.deutschlandfunk.de/luetzerath-braunkohle-rwe-raeumung-100.html>

„Die Geschichte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz“ [10.04.2023]

<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Textsammlungen/Ministerium/geschichte-des-bmwi.html>

Dippel, Carsten, „Das rechte Grün“, Deutschlandfunk, 02.08.2019 [29.04.2023]

<https://www.deutschlandfunk.de/urspruenge-der-umweltbewegung-das-rechte-gruen-100.html>

Eichenauer, Eva, Gailing, Ludger, „Energiesystem und Energiewende“, Bundeszentrale für politische Bildung, 14.03.2022 [20.03.2023]

<https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/504994/energiesystem-und-energiewende/#node-content-title-0>

Ekkofer, Volker, „Rückblick auf eine folgenreiche Zeit“, br, 11.04.2014 [25.03.2023]  
<https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/radiowissen/soziale-politische-bildung/oelkrise-1970er-wirtschaft-fahrverbot-opec-100.html>

„Energiepolitik“, Bundeszentrale für politische Bildung [16.02.2023]  
<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17401/energiepolitik/>

„Energie-Krise in Europa“, Nachrichtenleicht, 30.12.2022 [11.04.2023]  
<https://www.nachrichtenleicht.de/jahresueckblick-energiekrise-100.html>

„Energie-Mix in Deutschland 2022: Mehr Erneuerbare, weniger Verbrauch, mehr Emissionen“, Solarserver, 20.12.2022 [12.04.2023]  
<https://www.solarserver.de/2022/12/20/energie-mix-deutschland-2022-erneuerbare-verbrauch-emissionen/>

„Erdöl-Pipeline ‚Freundschaft‘“, mdr, 11.12.2018 [15.03.2023]  
<https://www.mdr.de/geschichte/ddr/wirtschaft/erdoelleitung-freundschaft-ddr-wirtschaftshilfe100.html>

„Erneuerbare Energien“, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz [22.04.2023]  
<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/erneuerbare-energien.html>

„Erneuerbare Energien in Zahlen“, Umweltbundesamt, 17.03.2023 [22.04.2023]  
<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/erneuerbare-energien-in-zahlen#ueberblick>

„Fact Sheet Klimaschutzgesetz“, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit“, 17.12.2019 [11.04.2023]  
[https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Klimaschutz/fact\\_sheet\\_klimaschutzgesetz\\_bf.pdf](https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/fact_sheet_klimaschutzgesetz_bf.pdf)

„Forderungen“, Letzte Generation [06.05.2023] <https://letztegeneration.de/forderungen/>

„Fragen und Antworten zum Rückbau der ehemaligen Siedlung Lützerath“ [07.05.2023]  
<https://www.rwe.com/der-konzern/laender-und-standorte/tagebau-garzweiler/luetzerath/>

„Fukushima- Die Atomkatastrophe 2011 und ihre Folgen“, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg [27.03.2023] <https://www.lpb-bw.de/fukushima>

„Gasknappheit: Auswirkungen auf die Auslastung der Braunkohlekraftwerke und den Erhalt von Lützerath“, Coal Transitions [07.05.2023]  
<https://coaltransitions.org/publications/gasknappheit-auswirkungen-auf-die-auslastung-der-braunkohlekraftwerke-und-den-erhalt-von-lutzerath/>

Gas und Strompreisbremse“, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 01.03.2023  
[15.04.2023]  
<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/strom-gaspreis-bremse.html>

„Gebauter Protest“, Deutschlandfunk Kultur, 16.01.2023 [08.05.2023]  
<https://www.deutschlandfunkkultur.de/protestarchitektur-luetzerath-baumhaus-deutsches-architekturmuseum-100.html>

„Gegenseitige Gewaltvorwürfe nach Demo in Lützerath“, Deutsche Welle, 15.01.2023  
[11.05.2023] <https://www.dw.com/de/gegenseitige-gewaltvorw%C3%BCrfe-nach-demo-in-l%C3%BCtzerath/a-64399788>

„Gorleben und der Atommüll – Eine Chronik“, NDR, 17.09.2021 [27.04.2023]  
<https://www.ndr.de/geschichte/schauplaetze/Gorleben-und-der-Atommuell-Eine-Chronik,gorlebenchronik2.html>

„Greenpeace stellt sich vor“, Greenpeace [03.05.2023] <https://www.greenpeace.de/ueber-uns>

„Grüne Geschichte“, Bündnis 90/ Die Grünen [01.05.2023]  
<https://www.gruene.de/unsere-gruene-geschichte>

Guillot, Noémie, Prigent, Irène, Psychieras, Jade, Courret, Bénédicte, „EN IMAGES – Manifestation anti-bassines dans les Deux-Sèvres : cinq blessés grave, une enquête ouverte“, France Bleu, 25.03.2023 [11.05.2023] <https://www.francebleu.fr/infos/environnement/anti-bassines-plus-de-6-000-personnes-rassemblees-dans-les-deux-sevres-2819800>

Guyard, Charles, Dominguez, Guillaume, „Sainte-Soline : ce qu’il fait retenir de la manifestation contre les «bassines» dans les Deux-Sèvres“, Europe 1, 26.03.2023 [11.05.2023] <https://www.europe1.fr/societe/en-direct-la-manifestation-contre-les-bassines-dans-les-deux-sevres-tourne-a-laffrontement-4174282>

Herb, Verena, „Wie entsorgt man heute Dünnsäure“, Deutschlandfunk, 13.10.2010 [03.05.2023] <https://www.deutschlandfunk.de/wie-entsorgt-man-heute-duennsaure-100.html>

Hoffmann, Caroline, „Warum die Demo bei Lützerath eskaliert ist“, Tagesschau, 17.01.2023 [11.05.2023] <https://www.tagesschau.de/inland/verletzte-luetzerath-101.html>

Holdingshausen, Heike, „Braunkohle: Rohstoff der Superlative“, Heinrich Böll Stiftung, 02.06.2015 [11.03.2023] <https://www.boell.de/de/2015/06/02/braunkohle-rohstoff-der-superlative>

Kempf, Claudia, „Lützerath wird zum Symbol einer fehlerhaften Energie- und Klimapolitik“, DIW Berlin, 09.01.2023 [07.05.2023] [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.862895.de/luetzerath\\_wird\\_zum\\_symbol\\_einer\\_fehlerhaften\\_energie-\\_und\\_klimapolitik.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.862895.de/luetzerath_wird_zum_symbol_einer_fehlerhaften_energie-_und_klimapolitik.html)

„Konflikte um Verteilung von Wasser in Frankreich sorgt weiter für Debatten – Grüne verurteilen Gewalt von Sainte-Soline“, Deutschlandfunk, 28.03.2023 [11.05.2023] <https://www.deutschlandfunk.de/konflikt-um-verteilung-von-wasser-in-frankreich-sorgt-weiter-fuer-debatten-gruene-verurteilen-gewalt-100.html>

Kracht, Claudia, „Wie Kohle entsteht“, Planet Wissen, 09.03.2020 [08.03.2023] <https://www.planetwissen.de/technik/energie/steinkohlebergbau/pwieentstehungdersteinkohle100.html>

Kracht, Claudia, „Steinkohle“, Planet Wissen, 09.03.2020 [08.03.2023] <https://www.planet-wissen.de/technik/energie/steinkohlebergbau/index.html>

„Kunstlandschaften statt Natur“, BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen [07.05.2023] <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohle-und-umwelt/braunkohle-und-rekultivierung/>

Laplaud, Laura, „Méga-bassines dans les Deux-Sèvres : pourquoi ce projet cristallise les tensions“, Europe 1, 25.03.2023 [11.05.2023] <https://www.europe1.fr/societe/mega-bassines-dans-les-deux-sevres-pourquoi-ce-projet-cristallise-les-tensions-4174265>

„LNG: Fakten zu Flüssigerdgas und Projekten in Norddeutschland“, NDR, 23.03.2023 [15.04.2023] <https://www.ndr.de/nachrichten/info/LNG-Fakten-zu-Fluessigerdgas-und-Projekten-in-Norddeutschland,lnghintergrund100.html>

„LNG-Terminal: Umweltschützer kritisieren Chlor-Einleitung“, NDR, 15.12.2022 [03.05.2023] [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg\\_ostfriesland/LNG-Terminal-Umweltschuetzer-kritisieren-Chlor-Einleitung,lng538.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/LNG-Terminal-Umweltschuetzer-kritisieren-Chlor-Einleitung,lng538.html)

„Lützerath vom Gericht zur Räumung freigegeben – Ende Gelände kündigt Widerstand an“, Ende Gelände, 28.03.2022 [08.05.2023] <https://www.ende-gelaende.org/news/luetzerath-vom-gericht-zur-raeumung-freigegeben-ende-gelaende-kuendigt-widerstand-an/>

„Monitoring der Energiewende“, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz [18.04.2023] <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/monitoring-prozess.html>

Mönchenberg, Jörg, „Die Bundesregierung und die Energiekrise“, Deutschlandfunk, 28.10.2022 [17.02.2023] <https://www.deutschlandfunk.de/energiekrise-deutschland-winter-100.html>

Nickels, Lothar, „Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung“, Planet Wissen, 27.01.2022 [23.04.2023]

<https://www.planet-wissen.de/technik/energie/atomenergie/geschichte-der-anti-atomkraft-bewegung-100.html>

Nürnberger, Dieter, „Ausbau der erneuerbaren Energien – was ist machbar?“, Deutschlandfunk 08.12.2021

<https://www.deutschlandfunk.de/klimawandel-ausbau-der-erneuerbaren-energien-was-ist-machbar-100.html>

„Polizei mit Räumung bisher zufrieden“, Tagesschau, 11.01.2023 [09.05.2023]

<https://www.tagesschau.de/inland/luetzerath-raeumung-109.html>

Rueter, Gero, „Kampf um das Braunkohledorf Lützerath: Worum geht es?“, Deutsche Welle, 09.01.2023 [07.05.2023]

<https://www.dw.com/de/kampf-um-das-braunkohledorf-1%C3%BCtzerath-worum-geht-es/a-64327312>

„Russische Gaslieferungen fast kompensiert“, Tagesschau, 04.03.2023 [12.04.2023]

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/deutschland-gasimporte-russland-ausgleich-101.html>

Schmidt-Mattern, Barbara, „Die Grünen feiern ihre Gründung“, Deutschlandfunk, 10.01.2020 [01.05.2023]

<https://www.deutschlandfunk.de/40-jahre-die-gruenen-feiern-ihre-gruendung-100.html>

Schwarz, Josua, Waldow, Michaela, „Ein Dorf verschwindet- Wie Lützerath zum Klimasymbol wurde“, zdf heute, 03.01.2023 [10.02.2023]

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/luetzerath-hintergrund-umsiedlung-abriss-rwe-braunkohle-protest-100.html>

„So entsteht der hohe Preis für Gas“, Deutschlandfunk, 05.09.2022 [13.04.2023]

<https://www.deutschlandfunk.de/gaspreis-import-verbraucher-preissteigerung-uniper-100.html#Gas-Importeure>

„Stärkung von Versorgungssicherheit und Klimaschutz – Klarheit für die Menschen im Rheinischen Revier“, Landesregierung Nordrhein-Westfalen [07.05.2023]

[https://www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/eckpunktepapier-rwe-kohleausstieg\\_0.pdf](https://www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/eckpunktepapier-rwe-kohleausstieg_0.pdf)

„Strategie Frühjahr 2023“, Letzte Generation [06.05.2023] <https://letztegeneration.de/plan-2023/>

„Stromerzeugung 2022: Ein Drittel aus Kohle, ein Viertel aus Windkraft“, Statistisches Bundesamt (Destatis), 09.03.2023 [12.04.2023]

[https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/03/PD23\\_090\\_43312.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/03/PD23_090_43312.html)

„Tagebau Garzweiler“, RWE [07.05.2023]

<https://www.rwe.com/der-konzern/laender-und-standorte/tagebau-garzweiler/#:~:text=Im%20Dreischichtbetrieb%20f%C3%B6rdert%20der%20Tagebau,zu%2030%20Millionen%20Tonnen%20Braunkohle.>

„Tagebau Garzweiler: Chronologie und Steckbrief“, BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen [07.05.2023] <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohlentagebaue/garzweiler/steckbriefchronologie-garzweiler/>

„Treibhausgasemissionen in Deutschland nach Sektoren“, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz [19.04.2023]

<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Infografiken/Industrie/treibhausgasemissionen-deutschland-nach-sektoren.html>

„Umweltaktivist“, Duden [01.05.2023]

[https://www.google.com/search?q=umweltaktivist+duden&oq=umweltaktivist+duden&gs\\_lcrp=EgZjaHJvbWUyBggAEEUYOTIGCAEQRRhB0gEIMzUyM2owajeoAgCwAgA&sourceid=chrome&ie=UTF-8](https://www.google.com/search?q=umweltaktivist+duden&oq=umweltaktivist+duden&gs_lcrp=EgZjaHJvbWUyBggAEEUYOTIGCAEQRRhB0gEIMzUyM2owajeoAgCwAgA&sourceid=chrome&ie=UTF-8)

„Umweltschützer feiern Ende der Kernkraft“, Deutschlandfunk, 15.04.2023 [03.05.2023]

<https://www.deutschlandfunk.de/umweltschuetzer-feiern-ende-der-kernkraft-100.html>

„Verständigung auf Kohleausstieg 2030 und Stärkung der Versorgungssicherheit in der Energiekrise“, RWE, 04.10.2022 [28.04.2023]



<https://www.rwe.com/presse/rwe-ag/2022-10-04-verstaendigung-auf-kohleausstieg-2030-staerkung-der-versorgungssicherheit-in-energiekrise/>

„Was du wissen musst, um die Debatte um Lützerath zu verstehen“, Quarks, 20.01.2023 [07.05.2023]

<https://www.quarks.de/technik/energie/luetzerath-braunkohle-energieversorgung-klimaziele/>

„Was folgt auf das Abschalten?“, Tagesschau, 16.04.2023 [28.04.2023]

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/atomausstieg-faq-103.html>

„Was Rügen gegen ein LNG-Terminal hat“, Tagesschau, 20.04.2023, [22.04.2023]

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/lng-terminal-ruegen-kritik-petition-scholz-101.html>

„Was wollen die eigentlich?“, Tagesschau, 19.04.2023 [06.05.2023]

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/letzte-generation-protest-berlin-101.html>

„Welche Rohstoffe hat Deutschland?“, Deutschlandfunk, 11.11.2022 [11.04.2023]

<https://www.deutschlandfunk.de/gas-fracking-oel-kohle-uran-bodenschaetze-deutschland-energie-100.html>

Werner, Carina, „Heiße Fracht: Der erste Castor-Transport“, NDR, 25.04.2020 [12.05.2023]

<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Als-der-erste-Castor-Transport-Gorleben-erreichte,erstercastortransport100.html>

„Wer wir sind“, Letzte Generation [06.05.2023] <https://letztegeneration.de/wer-wir-sind/>

„Who shut shit down? We shut shit down!“, Ende Gelände, 05.07.2019 [08.05.2023]

<https://www.ende-gelaende.org/news/who-shut-shit-down-we-shut-shit-down/>

„Wie abhängig Deutschland von Russland ist“, Tagesschau, 27.04.2022 [10.04.2023]

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/gas-stopp-faq-101.html>

„Wie Greenpeace im Norden zu kämpfen begann“, NDR, 20.06.2022 [06.05.2023]

<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Wie-Greenpeace-im-Norden-zu-kaempfen->

[begann.greenpeace177.html#:~:text=Am%2015.,der%20weltweit%20gr%C3%B6%C3%9Ften%20Umweltorganisationen%3A%20Greenpeace.](#)

„Wir sind die Deutsche Energie-Agentur“, Deutsche Energie-Agentur [10.04.2023]  
<https://www.dena.de/ueber-die-dena/>

„50 Jahre Proteste gegen Atomkraft“, SWR Aktuell, 11.04.2023 [05.05.2023]  
[https://www.youtube.com/watch?v=ckxsw3DDVs0&ab\\_channel=SWR](https://www.youtube.com/watch?v=ckxsw3DDVs0&ab_channel=SWR)

„2011 rollt der letzte Castor durch Niedersachsen“, NDR, 27.11.2021 [12.05.2023]  
<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/2011-rollt-der-letzte-Castor-durch-Niedersachsen.castor2154.html>

## Videos

„Greenpeace-Fachmann: „Heute ist ein guter Tag für Deutschland““, *Frankfurter Allgemeine*, 15.04.2023 [04.05.2023] <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/greenpeace-atom-experte-heute-ist-ein-guter-tag-fuer-deutschland-18823596.html>

„Lützerath geräumt: Was hat der Protest gebracht?“, STRG\_F (YouTube), 17.01.2023 [05.05.2023] [https://www.youtube.com/watch?v=hJTq6wCpJ3M&ab\\_channel=STRG\\_F](https://www.youtube.com/watch?v=hJTq6wCpJ3M&ab_channel=STRG_F)

„Résister | Un monde nouveau (1/3)“, Arte (YouTube), 08.11.2022 [07.05.2023]  
[https://www.youtube.com/watch?v=\\_RPXT\\_KKHBA&ab\\_channel=ARTE](https://www.youtube.com/watch?v=_RPXT_KKHBA&ab_channel=ARTE)

„Showdown in Lützerath“, WDR Doku (YouTube), 19.01.2023 [09.05.2023]  
[https://www.youtube.com/watch?v=Fh\\_JLR\\_Vpq0&ab\\_channel=WDRDoku](https://www.youtube.com/watch?v=Fh_JLR_Vpq0&ab_channel=WDRDoku)

Wundersee, Philipp, „Frühere Anreise der Klimaaktivistin Thunberg zur Unterstützung der Proteste gegen die Räumung von Lützerath“, Tagesschau, 13.01.2023 [11.05.2023]  
<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1141069.html>

Zajonz, David, „Polizei verzeichnet Erfolge am ersten Tag der Räumung des Kohledorfs Lützerath“, Tagesschau, 11.01.2023 [09.05.2023]  
<https://www.tagesschau.de/inland/luetzerath-raeumung-109.html>